

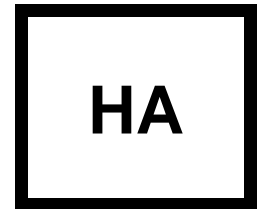
Niederschrift

**über die Sitzung des
Sitzungskennziffer:
Tag der Sitzung:** **Hauptausschusses
XVI / 8
Dienstag, 17.05.2010**

Sitzung Rathaus, Ratssaal

Dauer der Sitzung: 16:00 Uhr bis 18:45 Uhr
Unterbrechungen: keine
Anwesende: sh. beiliegende Anwesenheitsliste Anlage 1)

Vorsitz: Bürgermeister Ferdi Gatzweiler
Vorsitz: 2. stv. Bürgermeisterin Karina Wahlen zu
TOP A) 14. und 16.
Schriftführerin: Edith Janus-Braun



Tagesordnung:

a) Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister Gatzweiler stellt fest, dass der Hauptausschuss beschlussfähig ist.

b) Feststellung der form- und fristgerechten Ladung sowie Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 27 Abs. 2 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Stolberg (Rhld.)

Bürgermeister Gatzweiler stellt weiter fest, dass die Einladung zu dieser Sitzung form- und fristgerecht erfolgte und die Öffentlichkeit in geeigneter Weise gem. § 27 Abs. 2 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Stolberg (Rhld.) über Zeit und Ort der Sitzung sowie die Tagesordnung unterrichtet wurde.

c) Beschlussfassung über die Tagesordnung:

Herr Bürgermeister Gatzweiler setzt den TOP A)

**27. Ausschuss für anzeigepflichtige Entlassungen nach § 20 des Kündigungsschutzgesetzes (KSchG);
hier: Nachbenennung der Mitglieder des Ausschusses**

von der Tagesordnung ab, da es hierzu noch Beratungsbedarf auf der StädteRegionsebene gebe.

Weiter bittet er, die Tagesordnung um folgende Punkte zu erweitern:

A) Öffentliche Sitzung:

1. Beratung über die Weiterbehandlung von Anträgen:

b) Antrag der SPD-Fraktion vom 26.04.2010;

hier: Verlängerung des bestehenden T-30-Streckenverbotes auf der L 24 von Jägerhausstr. 8 / Höhe Kirche bis kurz vor Einmündung Werkstraße bis zur Einmündung Döllscheider Str. für beide Richtungen

c) Antrag der SPD-Fraktion vom 03.05.2010;

hier: Auslegung einer Sammelunterschriftenliste für BürgerInnen zum Einspruch gegen die Aufnahme ihrer Häuser im Rahmen von Google Street View

2. Umbesetzung in verschiedenen Ausschüssen;

c) Antrag der CDU-Fraktion vom 17.05.2010;

hier: Umbesetzung in verschiedenen Ausschüssen

24. Drohende Überschuldung;

hier: Anwendung des § 82 GO NRW im Rahmen der laufenden Geschäftsprozesse der Verwaltung - Vorlage wird nachgereicht-√

25. Bereitstellung zusätzlicher Haushaltsmittel;

hier: Bestandserhaltung Gehwege und Straßen

26. Mittelfreigabe für das Technische Betriebsamt

Der bisherige TOP A) 24. wird nunmehr A)

28. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates;
Mitteilungen

B) Nichtöffentliche Sitzung:

2. Verkauf von Baugrundstücken im B-Plan Gebiet 147 "Duffenter Straße"

3. Grunderwerb zur Wahrnehmung der Verkehrssicherungspflicht

4. Abschluss eines Gestattungsvertrages zur Installation und Nutzung von Photovoltaikanlagen auf städtischen Liegenschaften

Der bisherige TOP B) 2. wird nunmehr B)

5. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates;
Mitteilungen

Anschließend bittet der CDU-Fraktionsvorsitzende Grüttemeier, Top A)

21. Stellenplan 2010 / 2011 in der Beratungsfolge hinter A) 23. zu setzen.

Weitere Änderungswünsche wurden nicht vorgetragen, so dass die Tagesordnung einstimmig wie folgt abgewickelt wurde:

A) Öffentliche Sitzung:

1. Beratung über die Weiterbehandlung von Anträgen:
 - a) Antrag der SPD-Fraktion vom 19.04.2010;
hier: Lösung der Raumsituation für die Übermittagbetreuung in Bezug auf die Ruhephasen in der KiTa Franziskusstraße
 - b) Antrag der SPD-Fraktion vom 26.04.2010;
hier: Verlängerung des bestehenden T-30-Streckenverbotes auf der L 24 von Jägerhausstr. 8 / Höhe Kirche bis kurz vor Einmündung Werkstraße bis zur Einmündung Döllscheider Str. für beide Richtungen
 - c) Antrag der SPD-Fraktion vom 03.05.2010;
hier: Auslegung einer Sammelunterschriftenliste für BürgerInnen zum Einspruch gegen die Aufnahme ihrer Häuser im Rahmen von Google Street View
2. Umbesetzung in verschiedenen Ausschüssen;
 - a) Antrag der Schulleiterkonferenz vom 01.02.2010;
hier: JHA - Umbesetzung bei den beratenden Mitgliedern zu Buchstabe e) "Lehrperson, die von der Bezirksregierung Köln bestellt wird"
 - b) Antrag der SPD-Fraktion vom 14.04.2010;
hier: Umbesetzung im ASVU
 - c) Antrag der CDU-Fraktion vom 17.05.2010;
hier: Umbesetzung in verschiedenen Ausschüssen
3. Ergänzung der Satzung Zweifall gem. § 34 (4) Nr. 3 BauGB im Bereich "Am Brändchen";
hier: Vorstellung der geänderten Planung
Beschluss über die öffentliche Auslegung der Planung gem. § 3 (2) BauGB
4. Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 159 "Ardennenstraße / Lerchenweg";
hier: Aufstellungsbeschluss gem. § 2 BauGB sowie
Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung gem. § 3 (1) und § 4 (1) BauGB
5. Bebauungsplan Nr. 148 "Teichstraße", Venwegen und 84. Änderung FNP;
hier: Auswertung Bürgerbeteiligung gem. § 4a Abs. 2 BauGB,
förmlicher Beschluss über die 84. Änderung FNP
Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB
6. Prüfung der Wahl zum Integrationsrat der Stadt Stolberg (Rhld.) vom 07.02.2010
7. Änderung der Zuständigkeitsordnung (ASVU und BVA);
hier: Antrag der SPD-, FDP-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 01.03.2010

8. Bereitstellung von Ausgabemitteln bei PSP 5.6500006.510.810 "Mensa Ritzefeld-Gymnasium - Einrichtung -"
9. Anpassung Bodenrichtwerte
10. Amerikanische Bestattungen in Vicht
11. Bereitstellung von Mitteln bei der Finanzposition 1.36.02.05 / 5331000 für den Bereich "Ferienfreizeiten" gem. Punkt 3.1 der Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit der Stadt Stolberg
12. Bebauungsplan Nr. 151 „Sportzentrum Breinig“ und 87. Änderung des FNP
hier: Auswertung der Beteiligung gem. § 3 Abs. 1 und § 4 BauGB und
Beschluss über die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB
13. Bebauungsplan Nr. 152 „Corneliastraße / Schützheide“
hier: Auswertung der Beteiligung gem. § 3 Abs. 1 und § 4 BauGB und
Beschluss über die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB
14. B-Plan 157 "Schneidmühle";
hier: Vorstellung der geänderten Planung,
Beschluss über die öffentliche Auslegung der Planung gem. § 3 (2) BauGB
15. Erlass einer 2. Änderungssatzung zu der Satzung über die Erhebung von Straßenbaubeiträgen vom 19.12.1996
16. Einigungsstelle nach dem Landespersonalvertretungsgesetz;
hier: Änderung Besetzung
17. Sanierung vorhandener Friedhöfe und Maßnahmen zur Kosteneinsparung im Friedhofswesen
18. Erste Nachtragssatzung zur Friedhofssatzung der Stadt Stolberg (Rhld.) vom 19.12.2008
19. Friedhofsgebührenordnung 2010
20. Satzung der Stadt Stolberg (Rhld.) zur Abänderung der Fristen bei der Dichtheitsprüfung privater Abwasserleitungen gem. § 61 a Abs. 3-7 LWG NRW vom
21. Stellenplan 2010 / 2011
Der TOP wurde in der Beratung und Beschlussfassung hinter A) 23. gesetzt.
Die zahlenmäßige Reihenfolge der Tagesordnung bleibt hiervon unberührt.
22. Entscheidung über die Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2010/2011
23. Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung 2010/2011;
a) Haushaltssicherungskonzept 2010-2014
b) Haushaltssatzung 2010/2011 unter Berücksichtigung der Beschlussfassungen zum Haushaltssicherungskonzept 2010-2014

21. Stellenplan 2010 / 2011

24. Drohende Überschuldung;
hier: Anwendung des § 82 GO NRW im Rahmen der laufenden Geschäftsprozesse der Verwaltung
25. Bereitstellung zusätzlicher Haushaltsmittel;
hier: Bestandserhaltung Gehwege und Straßen
26. Mittelfreigabe für das Technische Betriebsamt
27. Ausschuss für anzeigepflichtige Entlassungen nach § 20 des Kündigungsschutzgesetzes (KSchG);
hier: Nachbenennung der Mitglieder des Ausschusses
Der TOP wurde von der Tagesordnung abgesetzt.
28. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates;
Mitteilungen

B) Nichtöffentliche Sitzung:

1. Pachtvertrag mit dem VFL-Vichttal
 2. Verkauf von Baugrundstücken im B-Plan Gebiet 147 "Duffenter Straße"
 3. Grunderwerb zur Wahrnehmung der Verkehrssicherungspflicht
 4. Abschluss eines Gestattungsvertrages zur Installation und Nutzung von Photovoltaikanlagen auf städtischen Liegenschaften
 5. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates;
Mitteilungen
-

A) Öffentliche Sitzung:

1. Beratung über die Weiterbehandlung von Anträgen:
 - a) Antrag der SPD-Fraktion vom 19.04.2010:
hier: Lösung der Raumsituation für die Übermittagbetreuung in Bezug auf die Ruhephasen in der KiTa Franziskusstraße

Beschluss:

Der Hauptausschuss verweist den Antrag der SPD-Fraktion vom 19.04.2010 einstimmig zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung.

- b) Antrag der SPD-Fraktion vom 26.04.2010;
hier: Verlängerung des bestehenden T-30-Streckenverbotes auf der L 24 von Jägerhausstr. 8 / Höhe Kirche bis kurz vor Einmündung Werkstraße bis zur Einmündung Döllscheider Str. für beide Richtungen

Beschluss:

Der Hauptausschuss verweist den Antrag der SPD-Fraktion vom 26.04.2010 einstimmig zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung.

- c) Antrag der SPD-Fraktion vom 03.05.2010;
hier: Auslegung einer Sammelunterschriftenliste für BürgerInnen zum Einspruch gegen die Aufnahme ihrer Häuser im Rahmen von Google Street View

Beschluss:

Der Hauptausschuss verweist den Antrag der SPD-Fraktion vom 03.05.2010 einstimmig zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung.

2. Umbesetzung in verschiedenen Ausschüssen;

- a) Antrag der Schulleiterkonferenz vom 01.02.2010;
hier: JHA - Umbesetzung bei den beratenden Mitgliedern zu Buchstabe e) "Lehrperson, die von der Bezirksregierung Köln bestellt wird"

Beschluss:

Auf Antrag der Schulleiterkonferenz vom 01.02.2010 empfiehlt der Hauptausschuss dem Rat einstimmig, anstelle des beratenden Mitgliedes Herrn Ralf Gillet und dessen Stellvertreter Herrn Jörg Klein nunmehr Herrn Jörg Klein als beratendes Mitglied und Frau Rößler als Vertreterin zu Buchstabe e) "Lehrperson, die von der Bezirksregierung Köln bestellt wird" in den Jugendhilfeausschuss zu bestellen.

- b) Antrag der SPD-Fraktion vom 14.04.2010;
hier: Umbesetzung im ASVU

Beschluss:

Auf Antrag der SPD-Fraktion empfiehlt der Hauptausschuss dem Rat einstimmig, anstelle von Herrn Hubert Bihn nunmehr Herrn Dieter Wolf, Martinstr. 20, 52222 Stolberg als stellvertretendes Mitglied von Herrn Harry van Emelen in den ASVU zu bestellen.

- c) Antrag der CDU-Fraktion vom 14.05.2010;
hier: Umbesetzung in verschiedenen Ausschüssen

Der Antrag der CDU-Fraktion wurde den Ausschussmitgliedern als Tischvorlage ausgehändigt und liegt er Niederschrift als Anlage 2) bei.

Beschluss:

Auf Antrag der CDU-Fraktion empfiehlt der Hauptausschuss dem Rat einstimmig folgende Umbesetzungen:

Schulausschuss:

Anstelle von Frau Rosemarie Call, Obersteinstr. 61, 52223 Stolberg wird Herr Dominik B. Bayer, Igelweg 30, 52222 Stolberg als stellvertretender sachkundiger Bürger von Frau Hildegard Lütteke in den Schulausschuss bestellt.

Bau- und Vergabeausschuss:

Anstelle von Herrn Heinz Münch, Alt Breinig 51, 52223 Stolberg wird Herr Carlheinz Nadenau, Heinrichstr. 4, 52224 Stolberg als stellvertretender sachkundiger Bürger von Herrn Heinz-Gerd Braun in den Bau- und Vergabeausschuss bestellt.

Beschwerdeausschuss:

Anstelle von Herrn Carlheinz Nadenau, Heinrichstr. 4, 52224 Stolberg wird Herr Volker Kolauch, Memelstr. 12, 52222 Stolberg als stellvertretender sachkundiger Bürger von Frau Edith Nolden in den Beschwerdeausschuss bestellt.

Anstelle der verzogenen Frau Sibille Rinner wird Herr Winfried Bartges, Obere Donnerbergstr. 50, 52222 Stolberg als stellvertretender sachkundiger Bürger von Herrn Julian Wahlen in den Beschwerdeausschuss bestellt.

Wahlprüfungsausschuss:

Anstelle von Herrn Hans Klubertz, Bergstr. 50, 52222 Stolberg wird Frau Rosemarie Call, Obersteinstr. 61, 52223 Stolberg als stellvertretende sachkundige Bürgerin von Frau Waltraud Strang bestellt.

3. Ergänzung der Satzung Zweifall gem. § 34 (4) Nr. 3 BauGB im Bereich "Am Brändchen":
hier: Vorstellung der geänderten Planung
Beschluss über die öffentliche Auslegung der Planung gem. § 3 (2) BauGB

Bürgermeister Gatzweiler schlägt den Hauptausschussmitgliedern vor, die einzelnen Abwägungsprozesse ohne Beschlussempfehlung an den Rat zu verweisen. Diesem Vorschlag schließt sich der Ausschuss einmütig an.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt nimmt den geänderten Vorentwurf zur Kenntnis und empfiehlt dem Hauptausschuss / Rat zu beschließen:

A.1. Die Bedenken des BUND sind ausgeräumt.

Abstimmungsergebnis im ASVU: 14 Ja-Stimmen (SPD, CDU, B'90/Grüne, LINKE)

1 Stimmenthaltung (FDP)

Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne Beschlussempfehlung an den Rat.

- A.2. **Die Forderung der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen wird zurückgewiesen.**
 Abstimmungsergebnis im ASVU: 14 Ja-Stimmen (SPD, CDU, B'90/Grüne, LINKE)
 1 Stimmenthaltung (FDP)
 Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne Beschlussempfehlung an den Rat.
- A.3. **Die Bedenken von II/23 -Amt für Liegenschaften- sind ausgeräumt.**
 Abstimmungsergebnis im ASVU: 14 Ja-Stimmen (SPD, CDU, B'90/Grüne, LINKE)
 1 Stimmenthaltung (FDP)
 Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne Beschlussempfehlung an den Rat.
- A.4. **Der Forderung des Landschaftsverbandes Rheinland, Amt für Bodendenkmalpflege wird gefolgt.**
 Abstimmungsergebnis im ASVU: 14 Ja-Stimmen (SPD, CDU, B'90/Grüne, LINKE)
 1 Stimmenthaltung (FDP)
 Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne Beschlussempfehlung an den Rat.
- A.5. **Den Forderungen der Bezirksregierung Düsseldorf, Kampfmittelbeseitigungsdienst wird gefolgt.**
 Abstimmungsergebnis im ASVU: 14 Ja-Stimmen (SPD, CDU, B'90/Grüne, LINKE)
 1 Stimmenthaltung (FDP)
 Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne Beschlussempfehlung an den Rat.
- A.6.1 **Den Forderungen der StädteRegion Aachen in Bezug auf die Niederschlagswasserentsorgung wird gefolgt.**
 Abstimmungsergebnis im ASVU: 14 Ja-Stimmen (SPD, CDU, B'90/Grüne, LINKE)
 1 Stimmenthaltung (FDP)
 Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne Beschlussempfehlung an den Rat.
- A.6.2 **Die Bedenken der StädteRegion Aachen bzgl. der innerhalb des Landschaftsplanes IV liegenden Grundstücke sowie des alten Gehölzbestandes sind ausgeräumt. Der Forderung bzgl. des Böschungsbewuchses wird gefolgt.**
 Abstimmungsergebnis im ASVU: 14 Ja-Stimmen (SPD, CDU, B'90/Grüne, LINKE)
 1 Stimmenthaltung (FDP)
 Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne Beschlussempfehlung an den Rat.
- B. **Der Forderung der Mehrheit der betroffenen Eigentümer wird gefolgt und die privaten Grundstücksflächen werden aus dem Geltungsbereich**

herausgenommen.

Abstimmungsergebnis im ASVU: 14 Ja-Stimmen (SPD, CDU, B'90/Grüne, LINKE)

1 Stimmenthaltung (FDP)

Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne Beschlussempfehlung an den Rat.

- C. **Der Änderung des Geltungsbereiches wird zugestimmt. Der reduzierte Geltungsbereich der Ergänzung der Satzung Zweifall gem. § 34 (4) Nr. 3 BauGB im Bereich „Am Brändchen“ ist die Grundlage des weiteren Verfahrens.**

Abstimmungsergebnis im ASVU: 14 Ja-Stimmen (SPD, CDU, B'90/Grüne, LINKE)

1 Stimmenthaltung (FDP)

Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne Beschlussempfehlung an den Rat.

- D. **Sofern dem geänderten Vorentwurf der Planung sowie den Einzelbeschlussvorschlägen gefolgt wird, empfiehlt der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt dem Hauptausschuss / dem Rat, die Verwaltung mit der Durchführung der öffentlichen Auslegung der Ergänzung der Satzung Zweifall im Bereich „Am Brändchen“ gem. § 3 (2) BauGB zu beauftragen.**

Abstimmungsergebnis im ASVU: 14 Ja-Stimmen (SPD, CDU, B'90/Grüne, LINKE)

1 Stimmenthaltung (FDP)

Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne Beschlussempfehlung an den Rat.

4. Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 159 „Ardennenstraße / Lerchenweg“;
hier: Aufstellungsbeschluss gem. § 2 BauGB sowie
Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung gem. § 3 (1) und § 4 (1) BauGB

Bürgermeister Gatzweiler schlägt den Hauptausschussmitgliedern vor, die einzelnen Abwägungsprozesse ohne Beschlussempfehlung an den Rat zu verweisen. Diesem Vorschlag schließt sich der Ausschuss einmütig an.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt empfiehlt dem Hauptausschuss / Rat:

- 1) **die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 159 „Ardennenstraße / Lerchenweg“ für das im Übersichtsplan gekennzeichnete Gebiet zu beschließen,**

Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig

Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne Beschlussempfehlung an den Rat.

- 2) **das Verfahren im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung gem. § 2 (4) BauGB, jedoch mit der**

frühzeitigen Beteiligung gem. § 3 (1) und § 4 (1) BauGB durchzuführen,
Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig
Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne
Beschlussempfehlung an den Rat.

3) den vorliegenden Entwurf zur Kenntnis zu nehmen und die Verwaltung mit der Durchführung der frühzeitigen Beteiligung gem. § 3 (1) und § 4 (1) BauGB zu beauftragen,

Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig
Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne
Beschlussempfehlung an den Rat.

4) den Flächennutzungsplan gem. § 13a (2) Nr. 2 BauGB im Wege der Berichtigung an den geänderten Bebauungsplan Nr. 159 „Ardennenstraße / Lerchenweg“ anzupassen.

Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig
Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne
Beschlussempfehlung an den Rat.

**5. Bebauungsplan Nr. 148 „Teichstraße“, Venwegen und 84. Änderung FNP;
hier: Auswertung Bürgerbeteiligung gem. § 4a Abs. 2 BauGB,
förmlicher Beschluss über die 84. Änderung FNP
Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB**

Bürgermeister Gatzweiler schlägt den Hauptausschussmitgliedern vor, die einzelnen Abwägungsprozesse ohne Beschlussempfehlung an den Rat zu verweisen. Diesem Vorschlag schließt sich der Ausschuss einmütig an.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt empfiehlt dem Hauptausschuss / Rat zu beschließen:

A.1 Die Anregungen der Eheleute Rainweg bezügl. Bau eines Zweifamilienhaus werden zurückgewiesen.

Abstimmungsergebnis im ASVU: 14 Ja-Stimmen (SPD, CDU, FDP, LINKE)
1 Nein-Stimme (B'90/Grüne)

Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne
Beschlussempfehlung an den Rat.

A.2 Der Sachverhalt bezüglich Aufrechterhaltung früherer Bedenken der Anwohner Müsgenstrenk wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis im ASVU: 14 Ja-Stimmen (SPD, CDU, FDP, LINKE)
1 Nein-Stimme (B'90/Grüne)

Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne
Beschlussempfehlung an den Rat.

A.3 Die Bedenken der Anwohner Rainweg bezüglich Immissionsschutz werden zurückgewiesen.

Abstimmungsergebnis im ASVU: 14 Ja-Stimmen (SPD, CDU, FDP, LINKE)
1 Nein-Stimme (B'90/Grüne)

Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne
Beschlussempfehlung an den Rat.

- B. Sofern den Einzelbeschlussvorschlägen gefolgt wird empfiehlt der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt dem Hauptausschuss / Rat, die 84. Änderung des Flächennutzungsplanes förmlich zu beschließen und den Bebauungsplan Nr. 148 „Teichstraße“ gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung zu beschließen. Mit Rechtskraft des Bebauungsplanes Nr. 148 treten die Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 2 K bzw. 2K - 4. Änderung- für den jeweiligen Teilbereich außer Kraft.**

Abstimmungsergebnis im ASVU: 14 Ja-Stimmen (SPD, CDU, FDP, LINKE)
1 Nein-Stimme (B'90/Grüne)

Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne
Beschlussempfehlung an den Rat.

6. Prüfung der Wahl zum Integrationsrat der Stadt Stolberg (Rhld.) vom 07.02.2010

Beschluss:

Auf einstimmige Empfehlung des Wahlprüfungsausschusses empfiehlt der Hauptausschuss dem Rat der Stadt ebenfalls einstimmig, die Wahl zum Integrationsrat der Stadt Stolberg (Rhld.) vom 07.02.2010 für gültig zu erklären.

7. Änderung der Zuständigkeitsordnung (ASVU und BVA):

hier: Antrag der SPD-, FDP-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 01.03.2010

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Grüttemeier beantragt, die Zuständigkeitsordnung für den ASVU unter Punkt 15. wie folgt (kursiv und unterstrichen) zu erweitern:

15. “ (..... Änderungen an Lichtsignalanlagen, Fußgängerüberwegen und Querungshilfen)” Die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange sind den Verwaltungsvorlagen grundsätzlich beizufügen.

Er bittet um eine neue Verwaltungsvorlage unter Einbeziehung dieses Punktes und beantragt die Vertagung der Angelegenheit auf die nächste Sitzung des Hauptausschusses / Rates.

Für die Grünen meldet Ratsfrau Krings ebenfalls Beratungsbedarf an.

Sodann lässt Bürgermeister Gatzweiler über den Vertagungsantrag abstimmen:

Beschluss:

Der Hauptausschuss vertagt die Beratung und Beschlussfassung über den TOP Änderung der Zuständigkeitsordnung für den Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt sowie für den Bau- und Vergabeausschuss einstimmig auf die nächste Sitzung des Hauptausschusses.

8. Bereitstellung von Ausgabemitteln bei PSP 5.6500006.510.810 “Mensa

Ritzefeld-Gymnasium - Einrichtung -"

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat einstimmig die Bereitstellung von Ausgabemitteln bei PSP 5.650006.510.810 "Mensa Ritzefeld-Gymnasium - Einrichtung-" in Höhe von 59.000,00 €.

9. Anpassung Bodenrichtwerte

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt die Anpassung der Bodenrichtwerte (Stand 01.01.2010) einmütig zur Kenntnis.

10. Amerikanische Bestattungen in Vicht

Beschluss:

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig:

Der HA stimmt dem Vorhaben der Verwaltung, mit der Kath. Kirchengemeinde St. Johannes Baptist in Vicht einen Gestattungsvertrag zur Inanspruchnahme des Grundstückes Gemarkung Gressenich Flur 17 Nr. 406 für die Durchführung „Amerikanischer Bestattungen“ abzuschließen, zu.

Die Vertragslaufzeit ist unbegrenzt und kann nur von der Stadt durch Kündigung aufgehoben werden.

Das Grundstück wird ohne Zahlung einer Nutzungsentschädigung überlassen.

Die Pflege und die Unterhaltung des Grundstückes und seiner Einfriedigungsmauer während der Nutzung als Begräbnisfläche erfolgt durch die Stadt.

Eine auf dem Grundstück befindliche Holzhütte wird seitens der Stadt auf eigene Kosten beseitigt und durch Errichtung einer neuen Hütte mit dem Maß 3 x 6 Meter, auf Bodenplatte mit Dach auf dem Grundstück hinter der Kirche, in Abstimmung des Standortes mit der Denkmalbehörde, ersetzt.

11. Bereitstellung von Mitteln bei der Finanzposition 1.36.02.05 / 5331000 für den Bereich "Ferienfreizeiten" gem. Punkt 3.1 der Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit der Stadt Stolberg

Beschluss:

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig, bei der Finanzposition 1.36.02.05 / 5331000, zur Förderung von Ferienfreizeiten gem. Punkt 3.1. der Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit der Stadt Stolberg, Haushaltsmittel in Höhe von 11.500 € bereitzustellen, so dass zunächst eine 50%ige Förderung erfolgen kann.

12. Bebauungsplan Nr. 151 „Sportzentrum Breinig“ und 87. Änderung des FNP hier: Auswertung der Beteiligung gem. § 3 Abs. 1 und § 4 BauGB und Beschluss über die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB

Bürgermeister Gatzweiler schlägt den Hauptausschussmitgliedern vor, die einzelnen Abwägungsprozesse ohne Beschlussempfehlung an den Rat zu verweisen. Diesem

Vorschlag schließt sich der Ausschuss einmütig an.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt empfiehlt Hauptausschuss / Rat zu beschließen:

A.1.1 Der Sachverhalt bezüglich der Lärmreflexionen wird zur Kenntnis genommen, Bedenken sind ausgeräumt.

Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig

Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne Beschlussempfehlung an den Rat.

A.1.2 Der Sachverhalt bezüglich nicht notwendiger Schallschutzmaßnahmen in nordwestlicher Richtung wird zur Kenntnis genommen, Bedenken sind ausgeräumt.

Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig

Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne Beschlussempfehlung an den Rat.

A.1. Der Sachverhalt bezüglich Lärmbelästigung bei gleichzeitigem Spielbetrieb wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig

Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne Beschlussempfehlung an den Rat.

A.2.1 Die Bedenken bezüglich der Stellplätze, der Verkehrssicherheit, der Lüftungsklappen, der 4-Stunden-Regelung, der Lärmbelästigung durch Verkehr und Spielbetrieb und der Staubentwicklung sind ausgeräumt. Die Sachverhalte bezüglich des möglichen Grenzwertes, der Immissionspunkte, der Schallausbreitung und des Parkplatzbelages werden zur Kenntnis genommen. Die Anregungen bezüglich einer Lärmschutzwand entlang der nordwestlichen Grenze der Zufahrt, einer zweiten Zufahrt, einer Begrünung der zukünftigen Gebäude zum Rasenplatz hin und der Beibehaltung der im FNP dargestellten Trasse werden zurückgewiesen.

Der Verzicht auf die Darstellung einer möglichen Ortsumgehung im Geltungsbereich der 87. Änderung des FNP bedeutet nicht, dass die Stadt Stolberg die Planung einer möglichen östlichen Ortsumgehung grundsätzlich aufgibt, sondern nur in diesem Teilabschnitt bzw. im bisher dargestellten Verlauf.

Abstimmungsergebnis im ASVU: 14 Ja-Stimmen (SPD, CDU, FDP, Linke)
1 Nein-Stimme (B'90/Grüne)

Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne Beschlussempfehlung an den Rat.

A.2.2 Die Bedenken bezüglich der Verkehrssicherheit und der Lärmbelästigung sind ausgeräumt. Die Anregungen bezüglich einer Lärmschutzwand und einer zweiten Zufahrt werden zurückgewiesen.

Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig

Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne Beschlussempfehlung an den Rat.

A.2.3 Die Anregungen bezüglich Verlagerung der Stellplätze und zweiter Anbindung werden zurückgewiesen. Die Sachverhalte bezüglich des Untersuchungsbereiches des Lärmgutachtens und einer Schallschutzeinrichtung südöstlich des neuen Sportplatzes werden zur Kenntnis genommen, Bedenken werden zurückgewiesen.

Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig

Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne Beschlussempfehlung an den Rat.

A.2.4 Die Anregungen bezüglich Lärmschutzwand Richtung Schützheide 52 - 64, zweite Anbindung und Erhöhung der Stellplatzzahl werden zurückgewiesen. Der Sachverhalt bezüglich Auflagen an den Sportverein wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig

Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne Beschlussempfehlung an den Rat.

A.2.5 Die Anregungen bezüglich Lärmschutzwand Richtung Schützheide 52 - 64, Erhöhung der Stellplatzanzahl und zweiter Anbindung werden zurückgewiesen.

Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig

Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne Beschlussempfehlung an den Rat.

A.2.6 Die Anregung, die Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 151 sowie zur 87. Änderung des FNP erst nach Sicherstellung einer neuen Trasse der Ortsumgehung weiterzuführen, wird zurückgewiesen. Die Beanstandung der Protokolle wird zurückgewiesen. Der Sachverhalt bezüglich FNP-Darstellungen im Bereich Essiger Straße sowie bezüglich Sanierung der Plätze und Kosten wird zur Kenntnis genommen.

Der Verzicht auf die Darstellung einer möglichen Ortsumgehung im Geltungsbereich der 87. Änderung des FNP bedeutet nicht, dass die Stadt Stolberg die Planung einer möglichen östlichen Ortsumgehung grundsätzlich aufgibt, sondern nur in diesem Teilabschnitt bzw. im bisher dargestellten Verlauf.

Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig

Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne Beschlussempfehlung an den Rat.

A.2.7 Der Sachverhalt bezüglich Ortsumgehung und Verkehrssituation wird zur Kenntnis genommen.

Der Verzicht auf die Darstellung einer möglichen Ortsumgehung im Geltungsbereich der 87. Änderung des FNP bedeutet nicht, dass die Stadt Stolberg die Planung einer möglichen östlichen Ortsumgehung grundsätzlich aufgibt, sondern nur in diesem Teilabschnitt bzw. im bisher dargestellten Verlauf.

Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig

Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne Beschlussempfehlung an den Rat.

A.2.8 Die Sachverhalte bezüglich der zugrunde gelegten Zahlen, einer konkreten Lärmmessung und der Lautsprecherausrichtung werden zur Kenntnis genommen, Bedenken sind ausgeräumt.

Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig

Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne
Beschlussempfehlung an den Rat.

A.2.9 Die Widersprüche bezüglich Trasse der Entlastungsstraße werden zur Kenntnis genommen.

Der Verzicht auf die Darstellung einer möglichen Ortsumgehung im Geltungsbereich der 87. Änderung des FNP bedeutet nicht, dass die Stadt Stolberg die Planung einer möglichen östlichen Ortsumgehung grundsätzlich aufgibt, sondern nur in diesem Teilabschnitt bzw. im bisher dargestellten Verlauf.

Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig

Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne
Beschlussempfehlung an den Rat.

B.1. Der Sachverhalt bezüglich Steinkauz, Ausgleichsmaßnahmen und geschützter Tierarten wird zur Kenntnis genommen. Die Bedenken der Bezirksregierung Köln sind ausgeräumt.

Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig

Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne
Beschlussempfehlung an den Rat.

B.2.1 Der Sachverhalt bezüglich Schmutz- und Niederschlagswasserbeseitigung wird zur Kenntnis genommen, Bedenken der StädteRegion Aachen, Wasser-wirtschaft, sind ausgeräumt.

Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig

Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne
Beschlussempfehlung an den Rat.

B.2.2 Der Anregungen der StädteRegion Aachen, Immissionsschutz, bezüglich Festsetzung einer Lärmschutzwand, wird gefolgt. Die Anregung bezüglich Beschränkung der Zufahrt von 22.00 Uhr - 6.00 Uhr wird zurückgewiesen. Die Anregungen bezüglich Dokumentation voraussichtlich seltener Ereignisse, ordnungsgemäßer Beleuchtungsanlagen und zeitlicher Begrenzung der Nutzung werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig

Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne
Beschlussempfehlung an den Rat.

B.2.3 Die Bedenken der StädteRegion Aachen bezüglich Bodenbelastungen sind ausgeräumt. Die Sachverhalte bezüglich Lärmschutzwand und Entwässerungskonzept werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig

Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne
Beschlussempfehlung an den Rat.

B.2.4 Die Sachverhalte bezüglich des Artenschutzes und des Steinkauzes werden zur Kenntnis genommen, Bedenken der StädteRegion Aachen,

- Landschaftsschutz, sind ausgeräumt. Den Anregungen bezüglich insektenschonender Lampentypen und Steinkauzmonitoring wird gefolgt.**
 Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig
 Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne Beschlussempfehlung an den Rat.
- B.3 Die Sachverhalte bezüglich Flächenversiegelung, Landschaftsbild, Lärm- und Lichtemissionen sowie Steinkauz werden zur Kenntnis genommen, Bedenken des BUND sind ausgeräumt. Die Anregung zur Anlage einer 5 ha großen Obst-wiese wird zurückgewiesen.**
 Abstimmungsergebnis im ASVU: 14 Ja-Stimmen (SPD, CDU, FDP, Linke)
 1 Nein-Stimme (B'90/Grüne)
 Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne Beschlussempfehlung an den Rat.
- B.4 Die Anregung des NABU, die FNP-Änderung nicht durchzuführen, wird zurückgewiesen.**
 Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig
 Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne Beschlussempfehlung an den Rat.
- B.5 Der Sachverhalt bezüglich Lageerkundung wird zur Kenntnis genommen, Bedenken bezüglich Bergbau sind ausgeräumt. Der Anregung der Bezirksregierung Arnsberg bezüglich Kennzeichnung der Plangebiete wird gefolgt.**
 Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig
 Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne Beschlussempfehlung an den Rat.
- B.6 Der Anregung des Geologischen Dienstes bezüglich Erdbebenzone 2, Untergrundklasse R 1 wird gefolgt. Der Anregung bezüglich paläontologischer Bodendenkmalpflege wird durch Hinweis und Aufnahme in den Umweltbericht gefolgt. Die Sachverhalte bezüglich Seismologie, Wassereinfluss und ‚Bauschutt‘ sowie die Anregungen zum Umweltbericht werden zur Kenntnis genommen.**
 Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig
 Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne Beschlussempfehlung an den Rat.
- B.7 Der Anregung des Landschaftsverbandes betreffs archäologischer Bodenfunde wird gefolgt.**
 Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig
 Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne Beschlussempfehlung an den Rat.
- B.8 Der Anregung der Bezirksregierung Düsseldorf, vor Baubeginn eventuelle Kampfmittel zu berücksichtigen, wird durch Hinweis im Bebauungsplan gefolgt.**
 Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig
 Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne Beschlussempfehlung an den Rat.

B.9 Der Sachverhalt bezüglich der Beteiligung der Landwirtschaftskammer NRW wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig

Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne
Beschlussempfehlung an den Rat.

B.10 Der Hinweis der EVS und der Sachverhalt bezüglich der Auswirkungen wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig

Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne
Beschlussempfehlung an den Rat.

C.1 Der Änderung der Geltungsbereiche wird zugestimmt. Die erweiterten Geltungsbereiche des Bebauungsplanes Nr. 151 „Sportzentrum Breinig“ sowie der 87. Änderung des FNP sind Grundlage der weiteren Verfahren.

Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig:

Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne
Beschlussempfehlung an den Rat.

C.2 Der Sachverhalt bezüglich Festsetzung bzw. Darstellung als Fläche für Sport- und Spielanlagen, Zweckbestimmung Sportanlage, wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig

Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne
Beschlussempfehlung an den Rat.

C.3 Die Verwaltung wird beauftragt, das Verfahren zur öffentlichen Widmung der Erschließung (Gemarkung Breinig, Flur 14, Flurstück 27 teilweise) durchzuführen.

Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig

Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne
Beschlussempfehlung an den Rat.

D. Sofern den Einzelbeschlussvorschlägen gefolgt wird empfiehlt der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt dem Hauptausschuss / Rat, die Annahme des Entwurfes des Bebauungsplanes Nr. 151 „Sportzentrum Breinig“ und der 87. Änderung des FNP zu beschließen und für diese die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB anzuordnen.

Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig

Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne
Beschlussempfehlung an den Rat.

13. Bebauungsplan Nr. 152 „Corneliastraße / Schützheide“

hier: Auswertung der Beteiligung gem. § 3 Abs. 1 und § 4 BauGB und
Beschluss über die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB

Bürgermeister Gatzweiler schlägt den Hauptausschussmitgliedern vor, die einzelnen Abwägungsprozesse ohne Beschlussempfehlung an den Rat zu verweisen. Diesem Vorschlag schließt sich der Ausschuss einmütig an.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt empfiehlt Hauptausschuss / Rat zu beschließen:

A.1.1 Der Anregung bezüglich Aufhebung des Erhaltungsgebotes auf den Flurstücken 729 und 730 wird gefolgt.

Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig

Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne Beschlussempfehlung an den Rat.

A.1.2 Der Sachverhalt bezüglich Einmündung Schützheide wird zur Kenntnis genommen, Bedenken bezüglich Sicherheit sind ausgeräumt.

Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig

Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne Beschlussempfehlung an den Rat.

A.1.3 Der Anregung bezüglich Reduzierung der Traufhöhen im WA 2 und 3 und Festsetzung der vorhandenen Gehölzstrukturen wird gefolgt. Die Anregungen bezüglich Reduzierung der Geschossigkeit im WA 2 und 3 und Festsetzung von Firsthöhen werden zurückgewiesen.

Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig

Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne Beschlussempfehlung an den Rat.

A.1.4 Der Anregung, innerhalb des WA 1 Geschossigkeit und Traufhöhe zu reduzieren und lediglich Einzelhäuser zuzulassen wird gefolgt.

Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig

Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne Beschlussempfehlung an den Rat.

A.1.5 Die Anregungen, den Grünstreifen in gesamter Länge zu erhalten und den Fuß- und Radweg aufzuheben, werden zurückgewiesen. Der Anregung, die Bebauungsdichte zu reduzieren, wird gefolgt.

Abstimmungsergebnis im ASVU: 14 Ja-Stimmen (SPD, CDU, FDP, Linke)
1 Nein-Stimme (B'90/Grüne)

Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne Beschlussempfehlung an den Rat.

A.1.6 Der Sachverhalt bezüglich nicht notwendiger Ausgleichsmaßnahmen und Maßnahmen zum Artenschutz werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig

Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne Beschlussempfehlung an den Rat.

A.2.1 Der Anregung bezüglich Änderung des Geltungsbereiches und Vergrößerung der überbaubaren Flächen wird gefolgt.

Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig

Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne Beschlussempfehlung an den Rat.

- A.2.2 Der Anregung bezüglich Reduzierung der Traufhöhe und Festsetzung der vorhandenen Gehölzstrukturen wird gefolgt. Die Anregung bezüglich Änderung der Geschossigkeit wird zurückgewiesen. Der Sachverhalt bezüglich Umweltbericht, Ortsumgehung Breinig und Stellplatzregelung wird zur Kenntnis genommen.**
Der Verzicht auf die Darstellung einer möglichen Ortsumgehung im Geltungsbereich der 87. Änderung des FNP bedeutet nicht, dass die Stadt Stolberg die Planung einer möglichen östlichen Ortsumgehung grundsätzlich aufgibt, sondern nur in diesem Teilabschnitt bzw. im bisher dargestellten Verlauf.
 Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig
 Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne Beschlussempfehlung an den Rat.
- A.2.3 Der Anregung zur Aufhebung der Festsetzung zur Erhaltung von Bäumen und Sträuchern (Flurstücke 729 und 730) wird gefolgt. Der Sachverhalt bezüglich Erschließungskosten und Einbeziehung des Flurstückes 730 in den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 152 wird zur Kenntnis genommen.**
 Abstimmungsergebnis im ASVU: 14 Ja-Stimmen (SPD, CDU, FDP, Linke)
 1 Nein-Stimme (B'90/Grüne)
 Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne Beschlussempfehlung an den Rat.
- A.2.4 Die Anregungen bezüglich einer generellen Traufhöhe von 3,50 m und einseitigen Anbindung des Spielplatzes werden zurückgewiesen. Die Sachverhalte bezüglich Stellplatzanzahl und Baugebietszufahrten werden zur Kenntnis genommen.**
 Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig
 Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne Beschlussempfehlung an den Rat.
- A.2.5 Der Sachverhalt bezüglich der Möglichkeiten, Flachdächer realisieren zu können, wird zur Kenntnis genommen. Der Anregung, die Gebäudehöhen für Flachdachbauten auf 6,50 m zu erhöhen, wird für Teilbereiche gefolgt.**
 Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig
 Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne Beschlussempfehlung an den Rat.
- A.2.6 Der Anregung zur Änderung der Geschossigkeit wird für Teilflächen gefolgt. Die Anregung zur Vergrößerung des Abstandes zur Bestandsbebauung wird zurückgewiesen. Die Sachverhalte bezüglich Grundstückswertminderung und eingeschossiger Wohnbauten für Senioren werden zur Kenntnis genommen.**
 Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig
 Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne Beschlussempfehlung an den Rat.
- A.2.7 Der Anregung zur Änderung der Geschossigkeit im WA 1 wird gefolgt. Die Anregungen, den Fuß- und Radweg Richtung Rudolfstraße aufzugeben**

und eine von der Corneliastraße bis zur Schützheide durchgehende Grünfläche festzusetzen, werden zurückgewiesen.

Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig

Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne
Beschlussempfehlung an den Rat.

A.2.8 Die Anregungen, den Fuß- und Radweg Richtung Rudolfstraße aufzugeben und eine von der Corneliastraße bis zur Schützheide durchgehende Grünfläche festzusetzen, werden zurückgewiesen.

Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig

Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne
Beschlussempfehlung an den Rat.

A.2.9 Der Anregung zur Reduzierung der Geschossigkeit auf ein Vollgeschoss im WA 1 wird gefolgt. Die Anregungen, die Grundstückstiefe der Neubebauung zu vergrößern oder eine von der Corneliastraße bis zur Schützheide durchgehende Grünfläche festzusetzen, werden zurückgewiesen.

Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig

Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne
Beschlussempfehlung an den Rat.

A.2.10 Der Anregung zur Reduktion der Geschossigkeit auf ein Vollgeschoss und der Baudichte durch Beschränkung auf die Zulässigkeit von Einzelhäusern im WA 1 wird gefolgt. Die Anregungen, die Tiefe der Grundstücke der Neubebauung zu vergrößern und eine von der Corneliastraße bis zur Schützheide durchgehende Grünfläche festzusetzen, werden zurückgewiesen.

Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig

Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne
Beschlussempfehlung an den Rat.

A.2.11 Der Anregung zur Reduktion der Geschossigkeit auf ein Vollgeschoss im WA1 wird gefolgt. Die Anregungen, die Grundstückstiefe der Neubebauung zu vergrößern oder eine von der Corneliastraße bis zur Schützheide durchgehende Grünfläche festzusetzen werden zurückgewiesen.

Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig

Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne
Beschlussempfehlung an den Rat.

A.2.12 Der Anregung zur Reduktion der Geschossigkeit wird in Teilen gefolgt. Die Sachverhalte bezüglich Parzellierung und Seniorenwohnungen werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig

Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne
Beschlussempfehlung an den Rat.

A.2.13 Der Sachverhalt bezüglich Pachtverträgen und Höhenunterschieden wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig

- Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne Beschlussempfehlung an den Rat.
- B.1.1 Der Hinweis der StädteRegion Aachen, Wasserwirtschaft, und der Sachverhalt bezüglich Schmutz- und Niederschlagswasserbeseitigung werden zur Kenntnis genommen.**
Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig
Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne Beschlussempfehlung an den Rat.
- B.1.2 Der Sachverhalt bezüglich der ausstehenden Analytik und der gutachterlichen Bewertung der PAK- und Cadmiumkonzentrationen wird zur Kenntnis genommen. Bedenken der StädteRegion Aachen bezüglich Bodenbelastungen sind ausgeräumt.**
Abstimmungsergebnis im ASVU: 14 Ja-Stimmen (SPD, CDU, FDP, Linke)
1 Nein-Stimme (B'90/Grüne)
Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne Beschlussempfehlung an den Rat.
- B.1.3 Der Sachverhalt bezüglich Vorprüfung der Artenschutzbelange wird zur Kenntnis genommen. Der Anregung der StädteRegion Aachen bezüglich Fledermaussteinen und Beschränkung der Rodungszeiten wird gefolgt.**
Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig
Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne Beschlussempfehlung an den Rat.
- B.2 Die Anregung des BUND, den heutigen Sportplatz zu erhalten wird zurückgewiesen. Die prinzipiellen Bedenken gegen die Planung werden zurückgewiesen.**
Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig
Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne Beschlussempfehlung an den Rat.
- B.3 Der Sachverhalt bezüglich Baugrunderkundung, Lageerkundung der Schächte, möglicher Einwirkungen durch bergbauliche Hinterlassenschaften sowie Hinweisen und Auflagen wird zur Kenntnis genommen. Der Anregung der Bezirksregierung Arnsberg, den Geltungsbereich des Bebauungsplanes gemäß § 9 (5) BauGB zu kennzeichnen, wird gefolgt.**
Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig
Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne Beschlussempfehlung an den Rat.
- B.4 Der Anregung des geologischen Dienstes bezüglich Erdbebenzone 2, Untergrundklasse R 1 und paläontologischer Bodendenkmalpflege wird gefolgt. Die Anregung, die Bodenuntersuchungen bezüglich Wassereinfluss auszuwerten, wird zur Kenntnis genommen.**
Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig
Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne Beschlussempfehlung an den Rat.

- B.5 Der Anregung des Landschaftsverbandes Rheinland bezüglich archäologischer Bodenfunde wird gefolgt, Bedenken sind ausgeräumt.**
 Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig
 Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne Beschlussempfehlung an den Rat.
- B.6 Der Anregung der Bezirksregierung Düsseldorf bezüglich Kampfmittel wird gefolgt.**
 Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig
 Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne Beschlussempfehlung an den Rat.
- B.7 Der Hinweis der EVU und der Sachverhalt bezüglich der Auswirkungen wird zur Kenntnis genommen.**
 Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig
 Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne Beschlussempfehlung an den Rat.
- C.1 Der Änderung des Geltungsbereiches wird zugestimmt. Der erweiterte Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 152 „Corneliastraße /Schützheide“ ist Grundlage des weiteren Verfahrens.**
 Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig
 Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne Beschlussempfehlung an den Rat.
- C.2 Der handschriftlichen Richtigstellung des Protokolls zur Bürgerversammlung wird zugestimmt.**
 Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig
 Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne Beschlussempfehlung an den Rat.
- D. Sofern den Einzelbeschlussvorschlägen gefolgt wird empfiehlt der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt dem Hauptausschuss / Rat, die Annahme des Entwurfes des Bebauungsplanes Nr. 152 „Corneliastraße /Schützheide“ zu beschließen und für diesen die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB anzuordnen. Die Aufstellung des Bebauungsplanes erfolgt weiterhin gem. § 13a BauGB im beschleunigten Verfahren.**
 Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig
 Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne Beschlussempfehlung an den Rat.

14. B-Plan 157 “Schneidmühle”;

hier: Vorstellung der geänderten Planung,

Beschluss über die öffentliche Auslegung der Planung gem. § 3 (2) BauGB

Bürgermeister Gatzweiler erklärt sich zu diesem Tagesordnungspunkt befangen und übergibt die Sitzungsleitung an seine Stellvertreterin, Frau 2. stv. Bürgermeisterin Karina Wahlen. An der Beratung und Beschlussfassung zu diesem TOP nimmt er nicht teil.

Frau 2. stv. BM Wahlen schlägt den Hauptausschussmitgliedern vor, die Abwägungsprozesse ohne Beschlussempfehlung an den Rat zu verweisen. Diesem Vorschlag schließt sich der Ausschuss einmütig an.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt nimmt den geänderten Vorentwurf zur Kenntnis und empfiehlt dem Hauptausschuss / Rat zu beschließen:

A.1. Die Bedenken der StädteRegion Aachen bezüglich Bodenschutz / Altlasten werden zurückgewiesen.

Abstimmungsergebnis im ASVU: 14 Ja-Stimmen (SPD, CDU, FDP, Linke)
1 Nein-Stimme (B'90/Grüne)

Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne Beschlussempfehlung an den Rat.

A.2. Die Angaben des Geologischen Dienstes NRW werden übernommen.

Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig

Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne Beschlussempfehlung an den Rat.

A.3. Die Bedenken des BUND werden zurückgewiesen.

Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig

Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne Beschlussempfehlung an den Rat.

A.4. Den Forderungen der Bezirksregierung Düsseldorf, Kampfmittelbeseitigungsdienst wird im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens gefolgt werden.

Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig

Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne Beschlussempfehlung an den Rat.

A.5. Den Forderungen von FB 2/63.14 nach Aufnahme bzgl. "Böden / Anbauempfehlungen" wurde entsprochen.

Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig

Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne Beschlussempfehlung an den Rat.

B.1. Sofern dem geänderten Vorentwurf der Planung sowie den Einzelbeschlussvorschlägen gefolgt wird, empfiehlt der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt dem Hauptausschuss / dem Rat, die Verwaltung mit der Durchführung der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes Nr. 157 "Schneidmühle" gem. § 3 (2) BauGB zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig

Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne Beschlussempfehlung an den Rat.

C.1. Der Städtebauliche Vertrag zum Bebauungsplan Nr. 157 "Schneidmühle" wird dahingehend ergänzt, dass im gesamten Vertragsgebiet, bis auf die

Reihenmittelhäuser entlang der Straße "Schneidmühle", pro Wohneinheit zwei unabhängig voneinander anfahrbare PKW-Stellplätze zu schaffen sind.

Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig

Abstimmungsergebnis im HA: Einstimmige Verweisung des Punktes ohne Beschlussempfehlung an den Rat.

Im Anschluss an die Beschlussfassung übernimmt BM Gatzweiler erneut die Sitzungsleitung.

15. Erlass einer 2. Änderungssatzung zu der Satzung über die Erhebung von Straßenbaubeiträgen vom 19.12.1996

Der Leiter der Abteilung für Innere Organisation, Herr Wahlen, weist darauf hin, dass in der Präambel folgende redaktionelle Änderung vorzunehmen ist:

falsch:

"... zuletzt geändert durch Artikel I des Gesetzes zur Förderung der politischen Partizipation in den Gemeinden vom 30.06.2009 (GV NRW S. 380) ..."

richtig:

"... zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 17. Dezember 2009 (GV. NRW S. 950) ..."

Für die SPD-Fraktion meldet deren Vorsitzender Wolf weiteren Beratungsbedarf an und beantragt die Vertagung auf die nächste Sitzung des Hauptausschusses.

Beschluss:

Der Hauptausschuss vertagt die Beratung und Beschlussfassung zum Erlass einer 2. Änderungssatzung zu der Satzung über die Erhebung von Straßenbaubeiträgen vom 19.12.1996 auf die nächste Sitzung des Hauptausschusses.

16. Einigungsstelle nach dem Landespersonalvertretungsgesetz:
hier: Änderung Besetzung

Bürgermeister Gatzweiler erklärt sich zu diesem Tagesordnungspunkt befangen und übergibt die Sitzungsleitung an seine zweite Stellvertreterin, Frau Wahlen. An der Beratung und Beschlussfassung zu diesem TOP nimmt er nicht teil.

Frau 2. stv. Bürgermeisterin Wahlen ruft den Tagesordnungspunkt auf und erteilt sodann dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Grüttemeier das Wort. Dieser beantragt die Verweisung des TOPes ohne Beschlussempfehlung an den Rat. Dem Antrag schließen sich die übrigen Fraktionen einmütig an.

Beschluss:

Der Hauptausschuss verweist den TOP Änderung hinsichtlich der Besetzung der Einigungsstelle einstimmig ohne Beschlussempfehlung an den Rat.

Nach der Beschlussfassung übernimmt BM Gatzweiler erneut die Sitzungsleitung.

17. Sanierung vorhandener Friedhöfe und Maßnahmen zur Kosteneinsparung im Friedhofswesen

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Grüttemeier resümiert, dass sich der interfraktionelle Arbeitskreis sehr intensiv mit der Thematik um die Sanierung der Friedhöfe verbunden mit einer Satzungsänderung beschäftigt habe. Dennoch seien für die CDU-Fraktion zwei Fragen offen geblieben, die von der Verwaltung vor Beschlussfassung beantwortet werden müssen:

- 1) Darstellung, aus der hervorgeht, ob die Gesamtkosten der Trauerhallen noch in der Kalkulation enthalten sind.
- 2) Bezogen auf die Schaffung eines barrierefreien Zugangs zum Friedhof Bergstraße, solle zunächst der Behindertenbeirat eingebunden werden.

Weiter erläutert er, dass seine Fraktion die Anhebung der Benutzungsgebühren -bei einem Kostendeckungsgrad von 92,4%- unter Beibehaltung der Grünflächenanteile von 24% für die Zukunft mittrage. Seine Fraktion unterstütze hierbei bewusst die Subventionierung von Kinderbestattungen und die Nutzung von Trauerhallen. Eine rückwirkende Gebührenerhöhung lehne die CDU-Fraktion jedoch ab.

Auf Bitte von BM Gatzweiler erläutert der Kämmerer, I. Beig. Dr. Zimdars, die Gesprächsinhalte mit der Kommunalaufsicht (KA) aus Januar 2010. Hierin hatte die KA u.a. die rechtlichen Folgen bei einer drohenden Überschuldung mit unmissverständlichem Hinweis auf die Verpflichtung zur Gebührenanpassung dargelegt.

Für die SPD-Fraktion stellt deren Vorsitzender Wolf auf den Vertrauensschutz der Bürger ab und lehnt ebenfalls eine rückwirkende Gebührenerhöhung ab. Ein möglicher Termin könne der 01.08.2010 sein.

Bevor Bürgermeister Gatzweiler in die Beschlussfassung einsteigt, schlägt er dem HA vor, dass der HA heute unter dem Vorbehalt zu TOP A) 17., 18. und 19. Beschluss fasse, dass die Umsetzung erst nach Beantwortung der offenen Fragen erfolge. Diesem Vorschlag schließt sich der HA einmütig an.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat -vorbehaltlich der Beantwortung der unter Spiegelstrich 7 aufgeworfenen Fragen- wie folgt zu beschließen / Der Rat beschließt:

- **Auf dem Friedhof Buschmühle keine neuen Nutzungsrechte mehr zu vergeben und nicht benötigte Teilflächen zu entwidmen und zu veräußern sowie die Trauerhalle zu entwidmen und zu verpachten oder zu veräußern. Dabei ist in den Verkaufs- bzw. Verpachtungsverträgen zu vereinbaren, dass der Würde der verbleibenden Friedhofsfläche Rechnung zu tragen ist und die erworbenen oder angepachteten Einrichtungen nicht für Bestattungen genutzt werden dürfen.**
- **Von der Sanierung der Friedhöfe Atsch, Büsbach, Donnerberg, Münsterbusch mit dem Ziel der Genehmigung von Erdbestattungen abzusehen.**
- **Den Friedhof Bergstraße, wie im Sachverhalt dargestellt, umzugestalten incl. Bau einer Fangdrainage.**

- Auf allen Friedhöfen die Belegung zu konzentrieren, um die Friedhofsflächen langfristig zu verkleinern.
- Die Veräußerung bzw. Verpachtung aller Friedhofshallen zu betreiben.
- Die Flächen für muslimische Bestattungen (bisher Friedhof Buschmühle) auf den Friedhöfen Bergstraße und Mausbach auszuweisen.
- Die Verwaltung wird beauftragt, vor Umsetzung des Beschlusses zunächst folgende Punkte zu klären und den HA / Rat über das Ergebnis zu informieren:
 - Darstellung, aus der hervorgeht, ob die Gesamtkosten der Trauerhallen noch in der Kalkulation enthalten sind.
 - Im Hinblick auf die Schaffung eines barrierefreien Zugangs zum Friedhof Bergstraße, soll zunächst der Behindertenbeirat eingebunden werden.

18. Erste Nachtragssatzung zur Friedhofssatzung der Stadt Stolberg (Rhld.) vom 19.12.2008

Der Leiter der Abteilung für Innere Organisation, Herr Wahlen, weist darauf hin, dass in der Präambel folgende redaktionelle Änderung vorzunehmen ist:

falsch:

“... zuletzt geändert durch Artikel I des Gesetzes zur Förderung der politischen Partizipation in den Gemeinden vom 30.06.2009 (GV NRW S. 380) ...”

richtig:

“ ... zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 17. Dezember 2009 (GV. NRW S. 950) ...”

Beschluss:

Unter dem Vorbehalt, der Beantwortung der zu TOP A) 17. “Sanierung vorhandener Friedhöfe und Maßnahmen zur Kosteneinsparung im Friedhofswesen” aufgeworfenen Fragen, fasst der HA einstimmig wie folgt Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat die 1. Nachtragssatzung zur Friedhofssatzung vom 19.12.2008 zu beschließen:

Die Änderungen betreffen folgende Bereiche und sind nachfolgend synoptisch dargestellt:

- 1) Friedhöfe Buschmühle und Bergstraße
- 2) Ruhezeiten für Kinder- und Urnengräber
- 3) Muslimische Bestattungen
- 4) Gewerbliche Betätigung auf Friedhöfen
- 5) Verwaltungsgebühr Umbettungen
- 6) Gestaltungsvorschriften

19. Friedhofsgebührenordnung 2010

Der Leiter der Abteilung für Innere Organisation, Herr Wahlen, weist darauf hin, dass in der Präambel folgende redaktionelle Änderung vorzunehmen ist:

falsch:

“... zuletzt geändert durch Artikel I des Gesetzes zur Förderung der politischen Partizipation in den Gemeinden vom 30.06.2009 (GV NRW S. 380) ...”

richtig:

“ ... zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 17. Dezember 2009 (GV. NRW S. 950) ...”

Beschluss:

Unter dem Vorbehalt, der Beantwortung der zu TOP A) 17. “Sanierung vorhandener Friedhöfe und Maßnahmen zur Kosteneinsparung im Friedhofswesen” aufgeworfenen Fragen, fasst der HA einstimmig wie folgt Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat den Erlass der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe der Stadt Stolberg (Rhld.) -Friedhofsgebührenordnung 2010- gemäß Anlage. Die der Vorlage beigefügte Gebührenkalkulation ist Grundlage der Beschlussfassung.

Nachrichtlich:

Die Satzung und die Gebührenkalkulation sind der Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 18.05.2010 als Anlagen beigefügt.

20. Satzung der Stadt Stolberg (Rhld.) zur Abänderung der Fristen bei der Dichtheitsprüfung privater Abwasserleitungen gem. § 61 a Abs. 3-7 LWG NRW vom

Nach eingehender Diskussion bestand im Hauptausschuss Einigkeit, dass die Verwaltung bei den Dichtigkeitsprüfungen privater Abwasserleitungen außerhalb der Wasserschutzgebiete in größtmöglichem Maß von Fristverlängerungen Gebrauch machen möge. Außerdem wurde gefordert, dass Hauseigentümer bei Straßenerneuerungen direkt zur Beauftragung der Dichtigkeitsprüfung aufgefordert werden. Hierdurch lasse sich der Sanierungsaufwand u.U. auf einen überschaubares Maß reduzieren.

Die Verwaltung wurde beauftragt, für die nächste Sitzung des Ausschusses eine neue Vorlage zu erarbeiten, in der folgende Fragen beantwortet werden:

- Ist es richtig, dass die Frist für Dichtigkeitsprüfungen außerhalb von Wasserschutzgebieten bis zum 31.12.2021 verlängert werden kann?
- Mit Hinweis auf Novellierung des LWG wurde gefragt, welche prinzipiellen Verlängerungsmöglichkeiten es außerhalb der Wasserschutzgebiete gibt?
- Wer trägt die Kosten für Dichtigkeitsprüfungen von Leitungen, die über fremde Grundstücke verlegt sind?

Der Leiter Fachbereich 2, Herr Braun, bittet, zumindest über die Einrichtung einer Stelle Bau-Ing./Technik für das Tiefbauamt Beschluss zu fassen. Hierauf schlägt BM Gatzweiler dem Ausschuss vor, die Angelegenheit auf die nächste Sitzung des Hauptausschusses zu vertagen. Er sichert den Fraktionen die rechtzeitige Beantwortung der heute aufgeworfenen Fragen zu. Heute lasse er daher nur über die Einrichtung einer Stelle Bau-Ing./ Techniker im Tiefbauamt für den Aufgabenbereich Dichtigkeitsprüfungen abstimmen.

Beschluss:

- 2) **Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat mit 10 Ja-Stimmen (BM, SPD, FDP, B'90/Grüne, LINKE) und 6 Nein-Stimmen (CDU) / Der Rat beschließt:**
- **Die Einrichtung einer Stelle Bau-Ing./ Techniker im Tiefbauamt zu den vorgenannten Aufgaben.**
- Weiter beauftragt der Hauptausschuss die Verwaltung, den Fraktionen die aufgeworfenen Fragen zeitnah schriftlich zu beantworten.**

22. Entscheidung über die Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2010/2011

Es liegen keine Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2010 / 2011 vor.

23. Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung 2010/2011;

- a) Haushaltssicherungskonzept 2010-2014
- b) Haushaltssatzung 2010/2011 unter Berücksichtigung der Beschlussfassungen zum Haushaltssicherungskonzept 2010-2014

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurden den Ausschussmitgliedern die Vorabauszüge der Beschlussfassungen im Jugendhilfeausschuss vom 06.05. [Anlage 3]) und Ausschuss für soziale Angelegenheiten, Kultur und Sport vom 11.05.2010 [Anlage 4]) in Sachen empfehlende Beschlussfassung zum Haushalt 2010 /2011 als Tischvorlage ausgehändigt.

Vor Beginn der Beratungen über das HSK weist der Kämmerer darauf hin, dass ihn der Bürgermeister mit Schreiben vom 14.05.2010 angewiesen habe, schriftlich mitzuteilen, welche Beschlüsse der Ausschüsse und des Rates mit finanziellen Auswirkungen rechtswidrig seien.

Ohne auf die vielen Beschlussvorschläge im Einzelnen einzugehen, wies der Kämmerer grundsätzlich noch einmal auf die Vorlage vom 19.01.2010, in der er den Rat nicht nur über die drohende Überschuldung, sondern ausdrücklich auch über die rechtlichen Konsequenzen der drohenden Überschuldung informiert habe. Der Rat habe beschlossen, dies zur Kenntnis zu nehmen.

Wichtige Grundgedanken dabei waren:

- die Überschuldung ist nach § 75 Abs. 7 GO verboten. Tritt die Überschuldung ein, ist dies ein rechtswidriger Zustand.
- Die Gemeinde muss alle Maßnahmen ergreifen, die dazu beitragen können, den Eintritt der Verschuldung zu vermeiden. Die Gemeinde muss ihre Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung erheblich verstärken.
- Die Konsolidierungsbemühungen müssen alle Verwaltungsbereiche umfassen und hier sowohl die Einnahmen- als auch die Ausgabenseite.

Die Abwendung der drohenden Überschuldung habe dabei oberste Priorität vor allen anderen Aspekten.

Daraus ergebe sich, dass Beschlüsse immer dann gegen das Haushaltsrecht verstießen, wenn das mögliche Konsolidierungspotential nicht voll ausgeschöpft werde.

Bürgermeister Gatzweiler gibt zu Protokoll, dass er sich bei einer Einzelabstimmung zum HSK u.U. zu verschiedenen Punkten enthalten werde. Im Übrigen weise er auf das Spannungsfeld zwischen der klaren Anwendung des § 82 GO NRW und den hieraus eventuell resultierenden Schäden für die Stadt Stolberg. Beispielhaft nannte er die präventiven Maßnahmen im Bereich der Jugendpflege und die Unterstützung freier Träger im Sozialbereich. Bei Streichung solcher Mittel werde es sehr wahrscheinlich zu weiteren Kostensteigerungen bei den sozialen Ausgaben kommen.

Der FDP-Fraktionsvorsitzende Engelhardt möchte vom Kämmerer explizit wissen, ob es richtig sei, dass das HSK Beschlussempfehlungen enthalte, welche rechtswidrig seien. Der Kämmerer antwortet, dass er hiervon nicht ausgehe. Von den unterschiedlichen Ebenen der Kommunalaufsichten über die StädteRegion, die Bezirksregierung und das Landesinnenministerium sei für Kommunen wie Stolberg keine klare Auskunft zu erhalten. Niemand kenne die Grenzen bei den Steuersätzen, da sehr viele unbestimmte Rechtsbegriffe verwendet würden. Klar sei und bliebe die Pflicht der Stadt, nachhaltig Anstrengungen zur Abwendung der drohenden Überschuldung zu unternehmen.

Für die CDU erklärt deren Vorsitzender Grüttemeier, dass seine Fraktion ein eigenes Haushaltssicherungskonzept mit insgesamt 33 Punkten erarbeitet habe. Er verliest dieses [Anlage 5)] zur Niederschrift und bittet den Bürgermeister, hierüber abstimmen zu lassen.

Im Anschluss an den Antrag erklärt der FDP-Fraktionsvorsitzende Engelhardt, dass Teile des CDU-Antrages begründet, aber letztendlich das Gesamtkonzept nicht umfangreich genug sei. Die FDP-Fraktion werde daher gegen den Antrag der CDU-Fraktion stimmen.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Wolf will den Antrag der CDU-Fraktion zum HSK nicht kategorisch ablehnen. Er habe Vorschläge gehört, die seine Fraktion sicherlich mittragen könne. Da man den Inhalt des Gesamtpaketes jedoch gerade erstmals vernommen habe, könne er zu Einzelpunkten des Konzeptes keine Stellung beziehen und melde Beratungsbedarf in seiner Fraktion an. Allein den Vorschlag, bis 2014 insgesamt 15% Personalkosten einzusparen, sehe er auf Verwaltungsebene nicht umsetzbar. Er verdeutlicht, dass bei Umsetzung dieses CDU-Vorschlages aus seiner Sicht über betriebsbedingte Kündigungen nachgedacht werden müsse.

Die SPD-Fraktion werde dem Antrag der CDU-Fraktion nicht zustimmen, behalte sich allerdings vor, dass sich die Koalition mit dem Konzept beschäftigen und u.U. auch einige Vorschläge daraus umsetzen werde.

Für die LINKEN schließt sich deren Fraktionsvorsitzender Prußeit den Ausführungen seines Vorredners an. Auch seine Fraktion könne Teile des CDU-Antrages mittragen, andere Teile wiederum nicht. Die LINKEN könnten den CDU-Antrag daher im ganzen nicht unterstützen.

Sodann lässt BM Gatzweiler über den Antrag der CDU-Fraktion [gem. Anlage 5)] zur Niederschrift) abstimmen:

Beschluss:

Hauptausschuss empfiehlt dem Rat, den von der Verwaltung vorgelegten Stellenplan 2010 / 2011 und die Haushaltssatzung 2010 / 2011 unter Berücksichtigung des der Niederschrift als Anlage 5) beigefügten Haushaltssicherungskonzeptes der CDU-Fraktion zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis im HA: Dafür: 6 Stimmen (CDU)
Dagegen: 9 Stimmen (BM, SPD, FDP, B'90/Grüne)
Enthaltung: 1 Stimme (LINKE)

Damit ist das von der CDU-Fraktion vorgeschlagene Haushaltssicherungskonzept mit insgesamt 33 Einzelpunkten abgelehnt.

Im Anschluss an die Beschlussfassung gibt der CDU-Fraktionsvorsitzende Grüttemeier zu Protokoll, dass seine Fraktion zu allen Punkten der Einzelabstimmung zum HSK 2010 - 2014 mit Nein stimmen werde.

Nach diesem Wortbeitrag steigt Bürgermeister Gatzweiler unter Aufrufen jedes einzelnen Punktes und Nennung der jeweiligen Seite im HSK in die Einzelabstimmung über das Haushaltssicherungskonzept 2010 bis 2014 ein:

Zu 23 a) Haushaltssicherungskonzept 2010-2014

DEZERNAT I

Bevor in die Einzelbeschlussfassung über das HSK eingestiegen wird, gibt Bürgermeister Gatzweiler zu Protokoll, dass er in den Einzelbeschlüsse keine Zeitangaben zur Vorlage verschiedenster Konzepte abgegeben könne. Hierzu sei die Besetzung der Stelle des 4. Fachbereichsleiters zwingend erforderlich. Mit dem vorhandenen und zwischenzeitlich erheblich reduzierten Mitarbeiterstab sei der Aufwand ohne Vernachlässigung anderer Aufgaben nicht zu betreiben.

Prognose unvorhergesehener Personalaufwandseinsparung: Seite 10 bis 12

RM Wolf, SPD, beantragt, Punkt 1. des Beschlussvorschlages wie folgt zu erweitern:
Die jährliche Einsparung soll mindestens 182.000,- € betragen.

RM Prußeit, LINKE, lehnt die Festlegung einer Zielsumme ab. Vielmehr möchte er die Ergebnisse des vorzulegenden Personalkonzeptes abwarten.

Hierzu gibt BM Gatzweiler zu Protokoll, dass die Gemeindeprüfungsanstalt der Stadt am 19.05.2010 eine erhebliche Reduzierung bei den Personalkosten bestätigen werde. Ohne merkliche Reduzierung bei den freiwilligen Angeboten sehe er zur Zeit keine Möglichkeit, weitere Personalkosten einzusparen. Die Beschlussfassungen in den Fachgremien (JHA, AsAKS) hätten jedoch in der letzten Woche einstimmig aufgezeigt, dass dies nicht gewünscht sei. Bezogen auf die Vorlage des Personalkonzeptes weist er erneut auf die fehlende Besetzung der Stelle des 4. Fachbereichsleiters hin.

Sodann lässt er zunächst über den Beschlussvorschlag der Verwaltung (ohne Festlegung einer Zielsumme) abstimmen:

Beschluss:

- 1) **Der Rat beauftragt die Verwaltung das oben beschriebene aufgabenkritische Personalkonzept bis zum - ohne Datum, siehe einleitende Ausführungen des Bürgermeisters - vorzulegen.**
- 2) **Freiwerdende Stellen werden gemäß Leitfaden des Landesinnenministeriums zur Aufstellung von HSK für mindestens 12 Monate nicht wiederbesetzt. Als freiwerdende Stellen gelten auch solche, die durch Beurlaubung, Zeitrenten oder Teilzeitbeschäftigung entstehen.**
- 3) **Diese Regelung gilt nicht für die Planstellen im Bereich der Pflichtaufgaben, sofern diese in ihrem Kernbestand durch eine Wiederbesetzungssperre gefährdet würden und eine interne Umsetzung nicht möglich ist.**

Abstimmungsergebnis im HA: 1 Ja-Stimme (LINKE)
15 Nein-Stimmen (BM, SPD, CDU, FDP, B'90/Grüne)

Damit ist der Beschlussvorschlag der Verwaltung abgelehnt.

- - - -

Alsdann lässt Bürgermeister Gatzweiler über den Antrag der SPD-Fraktion (mit Festlegung einer Zielsumme unter Pkt. 1) abstimmen:

Beschluss:

- 1) **Der Rat beauftragt die Verwaltung das oben beschriebene aufgabenkritische Personalkonzept bis zum - ohne Datum, siehe einleitende Ausführungen des Bürgermeisters - vorzulegen. Die jährliche Einsparung soll mindestens 182.000,- € betragen.**
- 2) **Freiwerdende Stellen werden gemäß Leitfaden des Landesinnenministeriums zur Aufstellung von HSK für mindestens 12 Monate nicht wiederbesetzt. Als freiwerdende Stellen gelten auch solche, die durch Beurlaubung, Zeitrenten oder Teilzeitbeschäftigung entstehen.**
- 3) **Diese Regelung gilt nicht für die Planstellen im Bereich der Pflichtaufgaben, sofern diese in ihrem Kernbestand durch eine Wiederbesetzungssperre gefährdet würden und eine interne Umsetzung nicht möglich ist.**

Abstimmungsergebnis im HA: 8 Ja-Stimmen (SPD, FDP, B'90/Grüne)
7 Nein-Stimmen (CDU, LINKE)
1 Enthaltung (BM)

Personaleinstellungen: Seite 12 oben:

Bezogen auf Punkt 2. des Beschlussvorschlages lehnen RM Prußeit, LINKE, und RM Wolf, SPD, die Unsitte zur Einrichtung generell befristeter Arbeitsverhältnisse ab.

Da seine Fraktion dem Beschlussvorschlag der Verwaltung in Gänze folgen werde, bittet RM Engelhardt, FDP, um Einzelabstimmung zu 1 + 3 bzw. zu 2..

Beschluss:

- 1) **Die Neueinstellung von Arbeitnehmern erfolgt nur noch im Ausnahmefall zur Sicherstellung kommunaler Aufgaben, soweit keine internen Umsetzungen**

möglich sind.

- 3) **Es erfolgt grundsätzlich keine Einstellung im Beamtenverhältnis (Ausnahme: Feuerwehr).**

Abstimmungsergebnis im HA: 10 Ja-Stimmen (BM, SPD, FDP, B'90/Grüne, LINKE)
6 Nein-Stimmen (CDU)

- 2) **Eine ausnahmsweise Neueinstellung erfolgt grundsätzlich in einem befristeten Arbeitsverhältnis.**

Abstimmungsergebnis im HA: 1 Ja-Stimmen (FDP)
15 Nein-Stimmen (CDU)

Damit ist der Beschlussvorschlag zu 2) abgelehnt.

Nachwuchskräfte: Seite 12 unten bis Seite 14 oben

Für die SPD-Fraktion hält RM Wolf an der bisherigen Praxis fest.

Beschluss:

- 1) **Der o. g. Ratsbeschluss wird aufgehoben.**
- 2) **Beamtenanwärter werden nicht mehr eingestellt.**
- 3) **Bis zu einer nachhaltigen Verbesserung der Finanzlage werden keine Auszubildenden mehr eingestellt.**
- 4) **Der Rat beschließt, die am 01.04.2010 vorhandenen Auszubildenden auf Grundlage des o. g. Ratsbeschlusses zu übernehmen, sofern keine tarifvertraglichen Regelungen entgegenstehen. Vor einer Übernahme ist in jedem Fall der Hauptausschuss zu informieren, bzw. soweit notwendig, ein Beschlussvorschlag zu unterbreiten.**

Abstimmungsergebnis im HA: Dafür: -
Dagegen: 16 Stimmen (BM, SPD, CDU, FDP, B'90/Grüne, LINKE)

Damit ist der Beschlussvorschlag der Verwaltung abgelehnt.

Aushilfskräfte: Seite 14 unten

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine stellenscharfe Übersicht mit folgenden Aussagen zu erstellen und bis - ohne Datum, siehe einleitende Ausführungen des Bürgermeisters - dem Rat vorzulegen:

- 1) **Zahl, Stundenumfang und Vergütung der Aushilfskräfte**
- 2) **frühestmöglicher Zeitpunkt der Vertragsbeendigung**
- 3) **Vorschlag der Verwaltung zum Abbau der Kosten der Aushilfskräfte bei Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Verwaltung**
- 4) **Das Konzept soll darstellen, welche Aushilfskräfte dauerhaft notwendig sind oder ab wann deren Stellen wegfallen können.**

Abstimmungsergebnis im HA: 10 Ja-Stimmen (BM, SPD, FDP, B'90/Grüne, LINKE)
6 Nein-Stimmen (CDU)

Betriebsausflug / Karneval: Seite 15

Für die SPD-Fraktion möchte deren Vorsitzender Wolf den Betriebsausflug nicht kategorisch abschafft wissen. Er befürwortet eine Beschlussfassung über die Alternative 3. und bittet hierin auch den Tag des Betriebsausflugs einzubeziehen. Dies jedoch so, dass mit dem Personalrat dahingehend Gespräche geführt werden, dass die Mitarbeiter hierfür Überstunden ausgleichen oder Urlaub einsetzen. Eine weitere Alternative könne auch die Verlegung der Veranstaltung außerhalb der Dienstzeit (z.B. Samstag) sein.

Sodann steigt BM Gatzweiler in die Beschlussfassung zu 3. (Alternativ) ein:

Beschluss:

- 3) **Die Verwaltung hat mit der Personalvertretung der Stadt Stolberg umgehend Gespräche über die Arbeits- / Dienstzeitregelung bezüglich Fettdonnerstag, Rosenmontag und den Tag des Betriebsausflugs zu führen. Ziel ist eine Schließung des Rathauses (ganztags oder halbtags) an Fettdonnerstag, Rosenmontag und am Tag des Betriebsausflugs und die Pflicht für die Mitarbeiter (Ausnahme Feuerwehr etc.) Erholungsurlaub einzusetzen und / oder Überstunden abzubauen (ganztags oder alternativ halbtags).**

Abstimmungsergebnis im HA: 10 Ja-Stimmen (BM, SPD, FDP, B'90/Grüne, LINKE)
6 Nein-Stimmen (CDU)

Aufwendungen Bürgeramt und Servicestelle - Samstagsdienst: Seite 16

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Wolf möchte diese lobenswerte Serviceleistung für den Bürger unter keinen Umständen einstellen. Er bittet die Verwaltung zu prüfen, ob die Personalkosten gegen Freizeit abgegolten werden können.

Beschluss:

Wegen der geringen Inanspruchnahme des Bürgeramtes und der Servicestelle ist eine Samstagsöffnung angesichts der entstehenden Kosten nicht mehr zu vertreten. Die Samstagsdienste werden eingestellt.

Abstimmungsergebnis im HA: Dafür: -
Dagegen: 15 Stimmen (BM, SPD, CDU, FDP, B'90/Grüne)
Enthaltung: 1 Stimme (LINKE)

Damit ist der Beschlussvorschlag der Verwaltung abgelehnt.

Bekanntmachungen: Seite 17

Mit wiederholtem Hinweis auf die fehlende Besetzung der Fachbereichsleiterstelle 4 antwortet BM Gatzweiler Herrn Engelhardt, FDP, dass er die Einhaltung der Frist nicht zusagen könne.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die sich bietenden Alternativen im Bereich der öffentlichen Bekanntmachungen zu untersuchen und nach Vorliegen des Ergebnisses eine entsprechende Änderung der Hauptsatzung der Stadt Stolberg bis zum - ohne Datum, siehe einleitende Ausführungen des Bürgermeisters - zu veranlassen.

Abstimmungsergebnis im HA: Dafür: 9 Stimmen (BM, SPD, B'90/Grüne, LINKE)
Dagegen: 7 Stimmen (CDU)

Sonderausgaben Rat und Ausschüsse: Seite 18

Beschluss:

Verstorbenen Rats- und Ausschussmitgliedern wird ab dem Jahr 2010 in einem jährlichen gemeinsamen Sammelnachruf mit den verstorbenen Bediensteten der Verwaltung gedacht.

Abstimmungsergebnis im HA: Dafür: 10 Stimmen (BM, SPD, FDP, B'90/Grüne,
LINKE)
Dagegen: 6 Stimmen (CDU)

Druckerei: Seite 19

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung gemäß Ratsbeschluss zu verfahren und eine aktuelle Kostenermittlung durchzuführen und die hieraus gewonnenen Daten im Rahmen einer Analyse auszuwerten.

Diese Auswertung soll ermöglichen, im Rahmen der internen Leistungsverrechnung kostendeckende Abläufe zu erreichen, die Kapazitäten der Druckerei optimal auszulasten und dem Rat eine Entscheidungsgrundlage für die Gewährung freiwilliger Leistungen zu bieten.

Abstimmungsergebnis im HA: Dafür: 10 Stimmen (BM, SPD, FDP,
B'90/Grüne, LINKE)
Dagegen: 6 Stimmen (CDU)

DEZERNAT II

die nicht geförderten Kurse sein würden. Auf dieser Grundlage hätte der Rat über eine Anpassung der Gebühren zu beschließen.

- 4) **Der Rat beauftragt die Verwaltung, die rechtlichen und organisatorischen Möglichkeiten einer Fusion der VHS der Städte Eschweiler und Stolberg sowie ggf. mit weiteren Volkshochschulen und Kommunen in der StädteRegion Aachen aufzuzeigen und das damit verbundene mögliche Einsparpotential zu benennen. Ein entsprechender Bericht ist dem Rat bis zum - ohne Datum, siehe einleitende Ausführungen des Bürgermeisters - vorzulegen.**

Abstimmungsergebnis im HA: Dafür: 10 Stimmen (BM, SPD, FDP, B'90/Grüne, LINKE)
 Dagegen: 6 Stimmen (CDU)

Einnahmen aus Grundstücksverkäufen - Narzissenweg und Nelkenweg:
Seite 33 und 34

Die Herren Wolf, SPD, Engelhardt, FDP, und Prußeit, LINKE, geben für ihre Fraktionen zu Protokoll, dass sie auf dem Donnerberg nur den Flächen zur Verwertung zustimmen werden, die nicht Bestandteil der Unterschutzstellung der Grünzüge durch ASVU, HA und Rat waren.

Im vorliegenden Fall betreffe dies nur den Bereich unter Buchstaben c) *Stadtrandsiedlung*.

Beschluss:

Für den Bereich Donnerberg wird die Verwaltung beauftragt, ein Entwicklungskonzept zu erstellen mit der Zielsetzung, einer geordneten baulichen Entwicklung und Flächenverwertung. Dieses Konzept soll insbesondere auch die verkehrliche Belange, die Grünflächenplanung und die Sicherung des Spielbetriebes der Vereine umfassen.

Einbezogen werden soll folgender Bereich:

- c) **Stadtrandsiedlung,**

Die Planungsrealisierung setzt voraus, dass insbesondere im Bereich der Stadtrandsiedlung die Grundstücke erworben werden können bzw. Vereinbarungen mit den Eigentümern getroffen werden, die den Ersatz der städt. Kosten sowie die sozialen und ökologischen Ziele (§ 1 BauGB) sicherstellen.

Abstimmungsergebnis im HA: Dafür: 10 Stimmen (BM, SPD, FDP, B'90/Grüne, LINKE)
 Dagegen: 6 Stimmen (CDU)

Grundstück Nordstraße: Seite 35

Abstimmungsergebnis im HA: Dafür: 1 Stimme (FDP)
 Dagegen: 15 Stimmen (BM, SPD, CDU,
 B'90/Grüne, LINKE)

Damit ist der Beschlussvorschlag abgelehnt.

Walther-Dobbelmann-Str. (I): Seite 41

Beschluss:

Für den Bereich der städt. Fläche Walther-Dobbelmann-Straße wird der Bebauungsplan Nr. 31 geändert mit dem Ziel, die Festsetzung „Sonderbaufläche WAV“ aufzuheben und durch Änderung eine Bebauung des Grundstückes mit Wohngebäuden sicherzustellen.

Abstimmungsergebnis im HA: Dafür: 10 Stimmen (BM, SPD, FDP,
 B'90/Grüne, LINKE)
 Dagegen: 6 Stimmen (CDU)

Walther-Dobbelmann-Str. (III): Seite 42

Für die SPD-Fraktion lehnt RM Wolf die Freigabe des Grundstücks zur Bebauung ab.

Beschluss:

Für den Bereich der städt. Grundstücke Walther-Dobbelmann-Str. (Gemarkung Stolberg, Flur 73 Nr. 414) wird die Herbeiführung eines positiven Vorbescheides mit dem Ziel, die derzeitige Nutzung (Grünfläche) aufzugeben und hierdurch eine Bebauung der Grundstücksteilfläche mit Wohngebäuden sicherzustellen, angestrebt.

Abstimmungsergebnis im HA: Dafür: 2 Stimmen (FDP, LINKE)
 Dagegen: 14 Stimmen (BM, SPD, CDU,
 B'90/Grüne)

Damit ist der Beschlussvorschlag der Verwaltung abgelehnt.

Bergstraße: Seite 43

Beschluss:

- 1) Das Planungsamt wird beauftragt, eine Vorlage für einen Aufstellungsbeschluss kurzfristig vorzulegen.**

- 2) Die Verwaltung legt einen Kosten-, Erlös- und Zeitplan vor.**

Abstimmungsergebnis im HA: Dafür: 10 Stimmen (BM, SPD, FDP,
 B'90/Grüne, LINKE)

Dagegen: 15 Stimmen (BM, SPD, CDU, B'90/Grüne, LINKE)

Damit ist der Beschlussvorschlag der Verwaltung abgelehnt.

Grundstücke Heidestraße / Nelkenweg (alternativ zur größeren Lösung): Seite 47

Die in Rede stehenden Grundstücke fallen unter die Beschlusslage zur Unterschützstellung der Grünzüge durch ASVU, HA und Rat.

Beschluss:

Die Verwaltung wird mit der Veräußerung der Grundstücke beauftragt. Bei Vorliegen konkreter Kaufangebote ist dem Hauptausschuss eine entsprechende Beschlussvorlage zu unterbreiten.

Abstimmungsergebnis im HA: Dafür: -
 Dagegen: 16 Stimmen (BM, SPD, CDU, FDP, B'90/Grüne, LINKE)

Damit ist der Beschlussvorschlag der Verwaltung abgelehnt.

GEP Mausbach: Seite 48

Beschluss:

- 1) Die Verwaltung wird beauftragt, mit den privaten Eigentümern der Flächen zwischen Lindberghstraße, Franzosenkreuz und Gressenicher Straße sowie Auenweg über den Ankauf zu angemessenen Konditionen zu verhandeln.
- 2) Die Flächenankäufe von privaten Grundstückseigentümern sollten möglichst mit langfristigen Zahlungszielen vereinbart werden, so dass die Zwischenfinanzierungskosten bis zur Verwertung der Grundstücke nicht anfallen.
- 3) Die Verwaltung kann darüber hinaus entbehrliche landwirtschaftliche Grundstücke als Tauschland verwenden.

Ein Aufstellungsbeschluss kann anschließend nur für solche Flächen in Frage kommen, die in städt. Eigentum stehen bzw. zu angemessenen Konditionen von Privaten erworben werden können, um so eine kostenneutrale Realisierung des Baulandes für die Stadt sicherzustellen.

Abstimmungsergebnis im HA: Dafür: 10 Stimmen (BM, SPD, FDP, B'90/Grüne, LINKE)
 Dagegen: 6 Stimmen (CDU)

Grundstücksveräußerungen - Grundstücke im Bereich Stadtrandsiedlung: Seite 49

Beschluss:

Es wird auf den Beschlussvorschlag zu Narzissenweg / Nelkenweg

“Für den Bereich Donnerberg wird die Verwaltung beauftragt, ein Entwicklungskonzept zu erstellen mit der Zielsetzung, einer geordneten baulichen Entwicklung und Flächenverwertung. Dieses Konzept soll insbesondere auch die verkehrlichen Belange, die Grünflächenplanung und die Sicherung des Spielbetriebes der Vereine umfassen.

Einbezogen werden soll folgender Bereich:

g) Stadtrandsiedlung,

Die Planungsrealisierung setzt voraus, dass insbesondere im Bereich der Stadtrandsiedlung die Grundstücke erworben werden können bzw. Vereinbarungen mit den Eigentümern getroffen werden, die den Ersatz der städt. Kosten sowie die sozialen und ökologischen Ziele (§ 1 BauGB) sicherstellen.”

verwiesen.

Abstimmungsergebnis im HA:	Dafür:	10 Stimmen (BM, SPD, FDP, B'90/Grüne, LINKE)
	Dagegen:	6 Stimmen (CDU)

NEU: Vermarktung Grundstück Donnerberg (Grundstück Am Lindchen, verlängerte Höhenstraße)

Für die SPD-Fraktion bittet RM Engels die Erschließung des ca. 3.000 m² großen städtischen Grundstückes zu prüfen. Weiter bittet er die Verwaltung auch mit den umliegenden Eigentümern in Kontakt zu treten und mit ihnen zu angemessenen Konditionen in Verkaufsverhandlung zu treten.

Beschluss:

1) Die Verwaltung wird beauftragt, mit den privaten Eigentümern der landwirtschaftlichen Flächen zwischen der Straße Am Lindchen und verlängerte Höhenstraße über den Ankauf zu angemessenen Konditionen zu verhandeln.

Abstimmungsergebnis im HA:	Dafür:	10 Stimmen (BM, SPD, FDP, B'90/Grüne, LINKE)
	Dagegen:	6 Stimmen (CDU)

Waldverkauf: Seite 50 bis 52

Für die Grünen lehnt Ratsfrau Krings den Waldverkauf aus grundsätzlichen Erwägungen ab.

Beschluss:

Der Rat beschließt den städtischen Wald nicht zu veräußern.

Die Verwaltung hat jedoch bis zum 31.03. jeden Jahres den Hauptausschuss als Finanzausschuss eine Vorlage mit einer Darstellung aller Kosten (incl. der kalkulatorischen Zinsen) und Leistungen (incl. der erwirtschafteten Ökopunkte) vorzulegen.

Kosten und Leistungen sind für den Forstwirtschaftsbetrieb und für die Erholungsfunktion getrennt darzustellen.

Abstimmungsergebnis im HA:	Dafür:	10 Stimmen (BM, SPD, FDP, B'90/Grüne, LINKE)
	Dagegen:	6 Stimmen (CDU)

Veräußerung von Gebäuden: Seite 53

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Wolf bittet, die größtmögliche Wirtschaftlichkeit (entweder durch Verkauf oder Vermietung) für das Gebäude zu prüfen. Hierzu teilt Herr Ehring mit, dass das Liegenschaftsamt derzeit bereits verschiedene Varianten prüfe.

Beschluss:

Der Rat beschließt, die Immobilie „Prämienstraße 84“ als Asylantenheim zu entwidmen und beauftragt die Verwaltung, vor dem Hintergrund der größtmöglichen Wirtschaftlichkeit den umgehenden Verkauf bzw. die Vermietung des Gebäudes zu prüfen.

Abstimmungsergebnis im HA:	Dafür:	10 Stimmen (BM, SPD, FDP, B'90/Grüne, LINKE)
	Dagegen:	6 Stimmen (CDU)

Vermarktung Nachbargrundstück Seniorenzentrum: Seite 54

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Wolf bittet, bei der Vertragsgestaltung die Ausweisung einer Zweckbindung für die Errichtung der Pflegestation vorzusehen. Über den erweiterten Beschlussvorschlag lässt BM Gatzweiler sodann abstimmen:

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung - unter Berücksichtigung der im Sachverhalt dargestellten Bedingungen einschließlich der geforderten Ausweisung einer Zweckbindung zur Errichtung der Pflegestation - den Verkauf der genannten Grundstücke zu betreiben.

Abstimmungsergebnis im HA: Dafür: 10 Stimmen (BM, SPD, FDP, B'90/Grüne, LINKE)
 Dagegen: 6 Stimmen (CDU)

Bürgerhäuser: Seite 55

Der Verkauf der Bürgerhäuser wird von der SPD- und FDP-Fraktion abgelehnt. RM Engelhardt, FDP, bittet die Verwaltung jedoch, aufgrund der aktuellen Situation über den Verkauf des Bürgerhauses Mausbach nachzudenken.

Die Fraktion die LINKE lehnt den Verkauf der Bürgerhäuser zum jetzigen Zeitpunkt und für die Zukunft ab.

Beschluss:

- 1) **Die Verwaltung wird beauftragt, die Bürgerhäuser zu verkaufen.**

Abstimmungsergebnis im HA: Dafür: -
 Dagegen: 16 Stimmen (BM, SPD, CDU, FDP, B'90/Grüne, LINKE)

Damit ist der Beschlussvorschlag der Verwaltung abgelehnt.

Landwirtschaftliches Anwesen Steinbachshochwald: Seite 56

Den Fraktionen und fraktionslosen Ratsmitgliedern wurde mit Schreiben vom 17.05.2010 ein geänderter Beschlussvorschlag unterbreitet.

Den geänderten Beschlussvorschlag lehnt der SPD-Fraktionsvorsitzende Wolf ab. Er bittet den Bürgermeister, über den Ursprungsvorschlag auf Seite 56 des HSK abstimmen zu lassen. Sodann steigt BM Gatzweiler in die Abstimmung über den Vorschlag im HSK ein:

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, rechtzeitig über eine Neuverpachtung zu verhandeln und dem Hauptausschuss einen Vergleich der Wirtschaftlichkeit bei Vermietung und Verkauf vorlegen.

Eine Einschätzung über die langfristigen Entwicklungsmöglichkeiten als Gewerbegebiet ist ebenfalls vorzulegen.

Abstimmungsergebnis im HA: Dafür: 10 Stimmen (BM, SPD, FDP, B'90/Grüne, LINKE)
 Dagegen: 6 Stimmen (CDU)

Photovoltaikanlagen: Seite 57

Für die FDP-Fraktion möchte RM Engelhardt den Beschlussvorschlag zu 1) hinter Photovoltaikanlagen wie folgt erweitern: "und mögliche andere regenerative Energien". Sodann lässt BM Gatzweiler über den erweiterten Beschlussvorschlag abstimmen:

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, bis - ohne Datum, siehe einleitende Ausführungen des Bürgermeisters - Folgendes vorzulegen:

- 1) **Darstellung denkbarer Flächen für Photovoltaikanlagen und mögliche andere regenerative Energien (Lage, Quadratmeter usw.)**
- 2) **Grobeinschätzung für die Eignung einzelner Flächen**
- 3) **Eine Wirtschaftlichkeitsrechnung für die Flächen bzw. Flächengruppen wird erstellt (Anfangsinvestition, Unterhaltung / Instandsetzung, Erlös p. a., Lebensdauer, Amortisationszeit etc.)**
- 4) **Vergleich der Wirtschaftlichkeit und sonstiger Vor- und Nachteile bei einer Investition durch die Stadt oder durch Flächenvermietung gegen Entgelt. Etwaige finanzielle Risiken (z. B. Nachhaltigkeit der Förderung etc.) sind aufzuführen und entsprechend zu berücksichtigen.**
- 5) **Bei städtischen Neubauten sollten von Anfang an entsprechende Anlagen und Warmwasserkollektoren eingeplant werden, verbunden mit einer entsprechenden vorherigen Wirtschaftlichkeitsrechnung.**

In jedem Fall sind zusätzliche Aufwendungen / finanzielle Risiken für die Stadt Stolberg zu vermeiden. Dies ist insbesondere bei etwaigen vertraglichen Gestaltungen mit Dritten zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis im HA: Dafür: 10 Stimmen (BM, SPD, FDP, B'90/Grüne, LINKE)
 Dagegen: 6 Stimmen (CDU)

Kulturzentrum Frankentalstraße / Josefshaus: Seite 58

Für die SPD-Fraktion bittet deren Vorsitzender Wolf, auf den Beschlussvorschlag der Verwaltung zu verzichten.
Die Nutzer der beiden Liegenschaften seien bekannt. Realistisch müsse man davon ausgehen, dass keine Mieteinnahmen zu erzielen sein werden.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung bis - ohne Datum, siehe einleitende Ausführungen des Bürgermeisters - mit der Ermittlung der Kosten für einzelne Nutzungen. Diese Vorlage soll auch einen Vorschlag für eine angemessene Kostenumlage auf die Nutzer enthalten.

Abstimmungsergebnis im HA: Dafür: -

Dagegen: 16 Stimmen (BM, SPD, CDU, FDP, B'90/Grüne, LINKE)

Damit ist der Beschlussvorschlag der Verwaltung abgelehnt.

Umwandlung von Sportplätzen: Seite 59

Für RM Engels, SPD, muss die Initiative zu Fusionen von den Vereinen ausgehen. Die Politik werde entsprechende Bemühungen sicherlich unterstützen. Für die SPD-Fraktion beantragt RM Wolf eine alternative Beschlussfassung, über welche BM Gatzweiler nachfolgend abstimmen lässt:

Beschluss:

Durch Vereinsfusion freiwerdende Fußballplatzflächen werden in einen Grundstücks-Pool zusammengeführt, um dann durch eine Baulanderschließung Einnahmen zu generieren. Der Rat wird aus diesen Einnahmen (Grundstücksverkäufe) dann im Einzelfall über Zuschüsse für neue Sportanlagen für Fußballvereine entscheiden.

Abstimmungsergebnis im HA: Dafür: 10 Stimmen (BM, SPD, FDP, B'90/Grüne, LINKE)
Dagegen: 6 Stimmen (CDU)

FACHBEREICH 1

Sondernutzungsgebühren / Verwaltungsgebühren Außengastronomie: Seite 61

RM Wolf, SPD, wünscht sich auch vor dem Hintergrund der touristischen Erschließung und Vermarktung eine wesentlich intensivere Nutzung der Außengastronomie. Eine Erhöhung der Gebühren wäre daher kontraproduktiv.

Beschluss:

Der Rat beschließt Verwaltungs- bzw. Sondernutzungsgebühren für die Genehmigung und den Betrieb von Außengastronomie zu erheben. Die Satzung über die Erlaubnisse und Gebühren an öffentlichen Straßen in der Stadt Stolberg (Rhld.) ist entsprechend zu ändern.

Abstimmungsergebnis im HA: Dafür: -
Dagegen: 16 Stimmen (BM, SPD, CDU, FDP, B'90/Grüne, LINKE)

Damit ist der Beschlussvorschlag der Verwaltung abgelehnt.

Verwaltungsgebühren Brauchtumsumzüge: Seite 61

Beschluss:

Der Rat beschließt Genehmigungen für Brauchtumsumzüge im öffentlichen Verkehrsraum ab 2011 gebührenpflichtig zu erteilen.

Abstimmungsergebnis im HA: Dafür: -
 Dagegen: 16 Stimmen (BM, SPD, CDU, FDP,
 B'90/Grüne, LINKE)

Damit ist der Beschlussvorschlag der Verwaltung abgelehnt.

Vereinsmitgliedschaften / Vereinsbeiträge: Seite 62 und 63

Beschluss:

- 1) **Der Rat beschließt den Austritt aus dem ZAR e. V. zum Ende des Jahres 2010.**

- 2) **Der Rat beauftragt die Verwaltung bis - ohne Datum, siehe einleitende Ausführungen des Bürgermeisters - bestehende freiwillige Vereinsmitgliedschaften zu benennen, sowie Vor- und Nachteile einer Mitgliedschaft aufzuzeigen. Jeweilige Beendigungsmöglichkeiten und das damit verbundene Konsolidierungspotential sind ebenfalls zu ermitteln. Dem Rat ist eine entsprechende Beschlussvorlage zu unterbreiten.**

Abstimmungsergebnis im HA: Dafür: 10 Stimmen (BM, SPD, FDP,
 B'90/Grüne, LINKE)
 Dagegen: 6 Stimmen (CDU)

Zuschüsse an Kulturvereine und -initiativen, Zuschüsse zu Schützen- und Karnevalsgesellschaften: Seite 64

Beschluss:

- 1) **Vereinszuschüsse werden nicht mehr geleistet.**
- 2) **Die Bezuschussung diverser Konzerte der Stolberger Männerchöre entfällt.**
- 3) **Die Verwaltung hat hierüber die Betroffenen umgehend in Kenntnis zu setzen.**

Abstimmungsergebnis im HA: Dafür: -
 Dagegen: 16 Stimmen (BM, SPD, CDU, FDP,
 B'90/Grüne, LINKE)

Damit ist der Beschlussvorschlag der Verwaltung abgelehnt.

Mitgliedsbeitrag Gesellschaft für Stadtmarketing Stolberg e. V. und Mietzuschuss Gesellschaft für Stadtmarketing Stolberg e. V.: Seite 65 und 66

Für die SPD-Fraktion beantragt deren Fraktionsvorsitzender Wolf eine alternative Beschlussfassung dergestalt, dass die Mitgliedschaft mit der SMS beibehalten wird, analog zu anderen Vereinen ein maximaler Mitgliedsbeitrag von jährlich 300,- € zu entrichten ist, der Mietzuschuss von 3.958,- € weiter gewährt wird, dafür aber zum 31.12. eines jeden Jahres von der SMS ein Verwendungsnachweis über die für die Stadt Stolberg erbrachten Leistungen vorzulegen ist. Über den alternativen Beschlussvorschlag lässt BM Gatzweiler abstimmen:

Beschluss:

Die Mitgliedschaft mit der Gesellschaft für Stadtmarketing wird beibehalten. Der jährliche Mitgliedsbeitrag beträgt maximal 300,- €. Darüber hinaus wird der Mietzuschuss unverändert in Höhe von 3.958,00 € gewährt. Voraussetzung hierfür ist jedoch, dass die Gesellschaft für Stadtmarketing ab dem Jahr 2010 jeweils zum 31.12. eines Jahres einen Verwendungsnachweis über die für die Stadt Stolberg erbrachten Leistungen vorlegt.

Abstimmungsergebnis im HA: Dafür: 10 Stimmen (BM, SPD, FDP, B'90/Grüne, LINKE)
 Dagegen: 6 Stimmen (CDU)

Stadtbücherei: Seite 67 und 68

RM Engelhardt, FDP, begrüßt den Fusionsgedanken mit der Stadtbücherei in Eschweiler. Er beantragt daher die Abstimmung über den letzten Punkt, wobei der letzte Satz gestrichen werden solle.

Mit Vehemenz lehnt der LINKEN-Fraktionsvorsitzende Prußeit jedwede Kürzungen und Fusionsgedanken in diesem Bereich ab. Sozial schwachen Menschen müsse es in Stolberg weiterhin ermöglicht bleiben, vor Ort Medien zu vertretbaren Kosten auszuleihen.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, unverzüglich mit benachbarten Kommunen, insbesondere mit der Stadt Eschweiler, Gespräche über eine Fusion der Stadtbüchereien zu führen.

Alle relevanten Gesichtspunkte (insbesondere Kostenverteilung, Öffnungszeiten, zeitlicher und rechtlicher Rahmen) einer möglichen Zusammenlegung sind hierbei zu thematisieren. Dem Rat ist bis spätestens - ohne Datum, siehe einleitende Ausführungen des Bürgermeisters - ein Konzept vorzulegen.

Abstimmungsergebnis im HA: Dafür: 9 Stimmen (BM, SPD, FDP, B'90/Grüne)
 Dagegen: 7 Stimmen (CDU, LINKE)

Honorar Kulturmanager: Seite 69 und 70

Für die SPD-Fraktion bringt deren Vorsitzender Wolf die Hoffnung zum Ausdruck, dass die Max Krieger Kulturmanagement GmbH weiterhin an der Arbeit mit der Stadt interessiert bleibe. Er lobt das herausragende Engagement von Herrn Krieger, zur Aufwertung Stolbergs Veranstaltungen mit positiven Effekten für beheimatete und auswärtige Besucher zu organisieren. In der vereinbarten Pauschalvergütung sieht er keinerlei Einsparpotential.

Beschluss:

- 1) **Die Verwaltung hat schriftlich bis zum spätestens - ohne Datum, siehe einleitende Ausführungen des Bürgermeisters - ein Gesamtpaket mit den Veranstaltungen zu benennen, die in Gesamtheit das absolut notwendige kulturelle Minimum darstellen.**

- 2) **Sie hat bis zum vorgenannten Datum alle damit einhergehenden Einsparpotentiale aufzuzeigen. Hierbei ist auf unterschiedliche (organisatorische) Varianten mit finanziellen Vor- und Nachteilen einzugehen. Insbesondere im Hinblick auf eine künftige Durchführung von Veranstaltungen durch die Verwaltung und / oder durch einen externen Kulturmanager. Grundlagen des derzeitigen Vertrages sind entsprechend zu beachten und zu benennen.**

Dem zuständigen Ausschuss ist ein entsprechender Beschlussvorschlag bis zum vorgenannten Datum vorzulegen.

Abstimmungsergebnis im HA: Dafür: -
 Dagegen: 15 Stimmen (BM, SPD, CDU, FDP,
 B'90/Grüne)
 Enthaltung: 1 Stimme (LINKE)

Damit ist der Beschlussvorschlag der Verwaltung abgelehnt.

Städtische Veranstaltungen ("Events"): Seite 71 bis 76

Diese müssen für den SPD-Fraktionsvorsitzenden Wolf zur Wettbewerbsfähigkeit in der StädteRegion weiterhin angeboten werden. Er zeigt sich für machbare Privatisierungen und die Zusammenlegung von Veranstaltungen offen. Ein Verzicht einzelner Events werde jedoch abgelehnt.

Er gibt zu Protokoll, dass dieses Statement auf die Beschlussfassungen der nachfolgend aufgelisteten Veranstaltungen zu Buchstabe A) bis E) (Seiten 71 bis einschließlich 76 des HSK) angewandt werden könne.

- A) Städtische Veranstaltungen ("Events"): Seite 71**
- B) Jahrmarkt (Stadtkirmes): Seite 72 und 73**
- C) Internationales Kupfermeistertreffen: Seite 74**
- D) Stadtfest (Stadtparty): Seite 75**
- E) Weihnachtsmarkt: Seite 76**

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, zu den städtischen Veranstaltungen zu Buchstabe A) bis E) (Seite 71 bis 76 des HSK) unter Einbeziehung der vom städtischen „Kulturmanager“ organisierten Veranstaltungen bis zum - ohne Datum, siehe einleitende Ausführungen des Bürgermeisters - ein Veranstaltungskonzept zu erarbeiten und dem Rat vorzulegen. In diesem Kontext zeigt sich der Rat für mögliche Privatisierungen sowie die Zusammenlegung von Veranstaltungen offen.

Ziel ist eine spürbare Reduzierung der Kosten unter Beibehaltung der positiven Effekte, welche durch die diversen Veranstaltungen bisher für die Stadt erzielt wurden.

Abstimmungsergebnis im HA: Dafür: 10 Stimmen (BM, SPD, FDP, B'90/Grüne, LINKE)
 Dagegen: 6 Stimmen (CDU)

FACHBEREICH 2

Niederschlagswassergebühr: Seite 78

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Flächenverhältnisse hinsichtlich der Niederschlagswassergebührenberechnung neu zu ermitteln.

Zum Verfahren und zu finanziellen Auswirkungen ist dem Rat bis spätestens - ohne Datum, siehe einleitende Ausführungen des Bürgermeisters - ein entsprechendes Konzept vorzulegen.

Evtl. zusätzliche personelle und finanzielle Auswirkungen sind aufzuzeigen.

Abstimmungsergebnis im HA: Dafür: 10 Stimmen (BM, SPD, FDP, B'90/Grüne, LINKE)
 Dagegen: 6 Stimmen (CDU)

Gebühren für Straßenreinigung / Winterdienst: Seite 79

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung die Straßenreinigungs- und Winterdienstgebühren neu zu berechnen.

Ziel ist eine Gewichtung zwischen öffentlichem und privatem Interesse von insgesamt etwa 18:82.

Die Gewichtung der einzelnen Straßentypen ist wie im Sachverhalt dargestellt vorzunehmen.

Dem Rat ist bis zum - ohne Datum, siehe einleitende Ausführungen des Bürgermeisters - **eine entsprechende Beschlussvorlage zur Änderung der Gebührensatzung vorzulegen.**

Abstimmungsergebnis im HA: Dafür: 10 Stimmen ()
 Dagegen: 16 Stimmen (BM, SPD, FDP,
 B'90/Grüne, LINKE CDU)

Friedhofsgebühren: Seite 80 bis 82

Beschluss:

- 1) **Der Rat beschließt die Benutzungsgebühren vorbehaltlich des Prüfergebnisses im Hinblick auf die Auswirkung der kalkulatorischen Kosten auf die Trauerhallen sowie die Beteiligung des Behindertenbeirates hinsichtlich der Schaffung eines barrierefreien Zuganges zum Friedhof Bergstraße (nachrichtlich: Der Behindertenbeirat beschäftigt sich mit der Thematik in seiner Sitzung am 10.06.2010) für die städtischen Friedhöfe frühestens ab 01.08.2010 unter Beibehaltung des Grünflächenanteils von 24% entsprechend einem Kostendeckungsgrad von 92,4 % anzuheben.**

Abstimmungsergebnis im HA: Dafür: 10 Stimmen (BM, SPD, FDP,
 B'90/Grüne, LINKE)
 Dagegen: 6 Stimmen (CDU)

Breitbandverkabelung: Seite 83

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung bis - ohne Datum, siehe einleitende Ausführungen des Bürgermeisters - **eine entsprechende Analyse einschließlich der Darlegung finanzieller Auswirkungen und Vorschläge zur weiteren Vorgehensweise zu erarbeiten.**

Es ist eine entsprechende Vorlage zu fertigen.

Abstimmungsergebnis im HA: Dafür: 10 Stimmen (BM, SPD, FDP,
 B'90/Grüne, LINKE)
 Dagegen: 6 Stimmen (CDU)

Bereits umgesetzte Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung: Seite 84

Hierzu merkt der SPD-Fraktionsvorsitzende Wolf an:

zu 1. Heinrich-Heimes-Brücke

Die Aussage im HSK entspreche nicht dem aktuellen Sachstand. Nach erfolgter Bürgerbeteiligung stehe die Entscheidung zur Heinrich-Heimes-Brücke aus.

FACHBEREICH 3

Ganztagsgrundschule: Seite 86 bis 89

Die Fraktionsvorsitzenden Wolf, SPD, und Prußeit, LINKE, lehne den Beschlussvorschlag ab. Der FDP-Fraktionsvorsitzende Engelhardt spricht sich für eine finanzielle Beteiligung der Eltern aus.

Beschluss:

- 1) **Jährlich zu den Sommerferien sind kostendeckende Gebührenbedarfsberechnungen vorzulegen. Sie folgen den gleichen Regelungen wie in anderen kostenrechnenden Einrichtungen.**
- 2) **Bis zum - ohne Datum, siehe einleitende Ausführungen des Bürgermeisters - hat die Verwaltung analog anderer Gebührenbedarfsberechnungen auf Basis der aktuellen Zahlen (2009/2010) eine Gebührensatzung mit kostendeckenden Beträgen vorzulegen.**
 - a) **Die Verwaltung wird beauftragt, zum nächstmöglichen Zeitpunkt einen von den Erziehungsberechtigten zusätzlich einzufordernden kostendeckenden monatlichen Beitrag in Höhe von 37 € zu erheben.**

Abstimmungsergebnis im HA: 1 Ja-Stimmen (FDP)
15 Nein-Stimmen (BM, SPD, CDU, B'90/Grüne, LINKE)

Damit ist der Beschlussvorschlag der Verwaltung abgelehnt.

Ganztagschulen: Seite 89

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Kosten der jeweiligen Mensabereiche vor jedem neuen Schuljahr bis zum 30.06. zu kalkulieren und die Entgelte für Verpflegung jeweils neu festzulegen.

Der zuständige Fachausschuss ist vor jedem neuen Schuljahr hierüber zu informieren.

Abstimmungsergebnis im HA: Dafür: -
Dagegen: 16 Stimmen

Damit ist der Beschlussvorschlag der Verwaltung abgelehnt.

Sport, Sportstätten, Sportstadion Glashütter Weiher, Sporthalle Glashütter Weiher: Seite 90

Beschluss:

Der Rat beschließt die Jugendförderung ab 2010 einzustellen.

Die Verwaltung hat die betroffenen Vereine hierüber umgehend zu informieren.

Abstimmungsergebnis im HA: Dafür: -
 Dagegen: 16 Stimmen

Damit ist der Beschlussvorschlag der Verwaltung abgelehnt.

Bestehende Nutzungsverträge: Seite 91 und 92

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Wolf erinnert daran, dass die Verträge mit den Vereinen noch bis 2016 laufen. Unter Wahrung des Gleichheitsgrundsatzes sehe er weder Handlungsbedarf noch -möglichkeit.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt bis zum - ohne Datum, siehe einleitende Ausführungen des Bürgermeisters - mitzuteilen, ob es Fälle gab, in denen Reparaturarbeiten seitens der Vereine nicht durchgeführt wurden und wie in diesen Fällen verfahren wurde.

Weiterhin hat die Verwaltung ein Berechnungssystem zu entwickeln, welches die Vereine in angemessenem Umfang an den Kosten der Sportstätten beteiligt. Auch kalkulatorische Kosten und Abschreibungen sind zu berücksichtigen.

Ziele sind:

- **Kostentransparenz**
- **Gleichbehandlung der Sportarten**
- **Beendigung der Subventionierung erwachsener Sportler spätestens 2016 nach Auslaufen der Verträge**
- **Sicherstellung der Jugendförderung gemäß Finanzlage**

Die Vereine sind darüber zu informieren, welche Regelung nach Auslaufen der jeweiligen Verträge greift und dass eine entsprechende Neuregelung getroffen werden muss.

Abstimmungsergebnis im HA: Dafür: -
 Dagegen: 16 Stimmen

Damit ist der Beschlussvorschlag der Verwaltung abgelehnt.

Nutzung von städtischen Sport- und Mehrzweckhallen: Seite 93 und 94

Beschluss:

- 1) **Die o. g. Gebäude werden nicht mehr in den Ferienzeiten vergeben.**
- 2) **Der Rat beauftragt die Verwaltung bis spätestens - ohne Datum, siehe einleitende Ausführungen des Bürgermeisters - objekt- und veranstaltungsbezogene Kosten festzustellen und entsprechend der jeweiligen Objektnutzung dem zuständigen Ausschuss Kostenbeteiligungsmodelle mit den damit verbundenen erwarteten Auswirkungen auf den städtischen Haushalt aufzuzeigen.**

3) Ein konkreter Beschlussvorschlag mit einer entsprechenden Überarbeitung des betr. Ortsrechts ist bis zum vorgenannten Termin ebenfalls vorzulegen.

Abstimmungsergebnis im HA: Dafür: -
 Dagegen: 16 Stimmen

Damit ist der Beschlussvorschlag der Verwaltung abgelehnt.

Hallenbad Glashütter Weiher: Seite 95 bis 97

Für den SPD-Fraktionsvorsitzenden Wolf ist die Berechnungsgrundlage zu dürftig. Nach Sanierung des Bades seien die Gebühren gesenkt worden, um vielen Stolbergern die Hallenbadnutzung zur Freizeitgestaltung und Gesunderhaltung zu ermöglichen. Die Gebührensenkung habe zu einer stärkeren Frequentierung des Bades geführt. Den Fraktionen lägen bisher nur handschriftliche Zahlen aus dem Jahr 2008 vor. Für die SPD-Fraktion beantrage er daher, dass die Verwaltung zunächst eine aktualisierte Auswertung über die Nutzung des Bades und die sich daraus ergebenden Einnahmenentgelte, abhängig von der Frequentierung des Bades vorlegen möge. Vorher könne keine sachgerechte Entscheidung getroffen werden.

Beschluss:

Der Hauptausschuss beauftragt die Verwaltung, eine Auswertung mit folgendem Inhalt vorzulegen:

- **Nutzung des Bades**
- **Einnahmen aus der Nutzung des Bades, abhängig von der Frequentierung des Bades**

Abstimmungsergebnis im HA: Dafür: 10 Stimmen (BM, SPD, FDP, B'90/Grüne, LINKE)
 Dagegen: 6 Stimmen (CDU)

Zuschüsse an diverse Träger: Seite 98 bis 111

RM Wolf erinnert für die SPD-Fraktion daran, dass die Trägerzuschüsse aufgrund der angespannten städtischen Haushaltslage seit 1998 nicht erhöht werden konnten. Hierdurch hätten die Träger jährlich einen 2 - 3%igen Konsolidierungsbeitrag erbracht, was in der Summe seit 1998 einen 25%igen Konsolidierungsbeitrag ausmache. Da die Zuschüsse in erster Linie zur Abdeckung von Personalkosten verwendet würden, werde die Koalition die Einfrierung auf dem Ist-Stand befürworten.

Der Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Prußeit, unterstützt die Ausführungen seines Kollegen. Vor dem Hintergrund der prekären wirtschaftlichen Lage, der Verschlechterung der Einkommensverhältnisse, der Zunahme von Arbeitslosigkeit einhergehend mit vermehrter Kinderarmut und daraus resultierender Erziehungsprobleme fordert er -da, wo machbar- sogar eine Verdoppelung der Zuschüsse und die Einstellung eines zusätzlichen Sozialarbeiters.

Auch der CDU-Fraktionsvorsitzende Grüttemeier weist auf die Fachausschussbeschlüsse im JHA und AsAKS hin, die jeweils die Beibehaltung der Zuschüsse bis zum Jahr 2014 auf dem jetzigen Niveau empfohlen hätten.

Vor Einstieg in die Beschlussfassung lässt BM Gatzweiler zunächst über den Beschlussvorschlag der Fraktion Die LINKEN - Verdoppelung der Zuschüsse -wo machbar- und Einstellung eines zusätzlichen Sozialarbeiters - abstimmen:

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat, die Zuschüsse an die Träger, aufgeführt auf den Seiten 98 bis 111, wo machbar- zu erhöhen und darüber hinaus einen zusätzlichen Sozialarbeiter einzustellen.

Abstimmungsergebnis im HA: Dafür: 1 Stimmen (LINKE)
 Dagegen: 15 Stimmen (BM, SPD, CDU, FDP, B'90/Grüne)

Damit ist der Beschlussvorschlag der Fraktion Die LINKEN abgelehnt.

- - - - -

Sodann lässt BM Gatzweiler über den Antrag, die Zuschüsse für die auf den Seiten 98 bis 111 des Haushaltssicherungskonzeptes 2010 bis 2014 aufgeführten Träger entsprechend der empfehlenden Beschlussfassungen im Jugendhilfeausschuss (JHA) am 06.05.2010 und Ausschuss für soziale Angelegenheiten, Kultur und Sport (AsAKS) am 11.05.2010, die Zuschüsse auf dem jetzigen Niveau bis 2014 einzufrieren, abstimmen:

- A. **Zuschuss Kulturveranstaltungen ausländischer Mitbürger:** Seite 98
- B. **Zuschuss "Politische Jugendarbeit":** Seite 99
- C. **Zuschüsse Träger Jugendarbeit:** Seite 100 und 101
- D. **Jugenderholung:** Seite 102
- E. **Jugendberatungsstelle:** Seite 103
- F. **Mietzuschuss Jugendberufshilfe e.V. und Förderungsmaßnahme Arbeitslose Jugendliche:** Seite 104 und 105
- G. **Aktion Sport statt Gewalt:** Seite 106
- H. **Zuschuss Jugendheime:** Seite 107
- I. **Zuschuss KOT Donnerberg:** Seite 108
- J. **Zuschuss evangelische Kirchengemeinde:** Seite 109
- K. **Zuschuss Träger Jugendhilfe:** Seite 110
- L. **Personal- und Sachkostenzuschuss Arbeiterwohlfahrt / SKM Stolberg:** Seite 111

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat, die Zuschüsse der unter Buchstabe A. bis L. aufgeführten Träger entsprechend der empfehlenden Beschlussfassungen im JHA und AsAKS am 06. und 11.05.2010 bis zum Jahr 2014 auf dem jetzigen Niveau festzuschreiben.

Abstimmungsergebnis im HA: Dafür: Einstimmig

Organisationsübergreifende Maßnahmen:

Abonnements / Ergänzungslieferungen: Seite 113

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung bis zum -ohne Datum, siehe einleitende Ausführungen des Bürgermeisters- eine Auflistung der laufend bezogenen Printerzeugnisse und die damit verbundenen Kosten aufzuzeigen.

Auf einen möglichen Verzicht, z. B. aufgrund konsequenter Nutzung anderer Quellen (z. B. Internet), ist einzugehen.

Abstimmungsergebnis im HA: Dafür: 10 Stimmen (BM, SPD, FDP, B'90/Grüne, LINKE)
 Dagegen: 6 Stimmen (CDU)

HSK Daueraufgabe: Seite 114

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung laufend über die Konzeptumsetzung zu berichten.

Dies geschieht für den allgemeinen Haushalt durch die Kämmerei und ansonsten durch die jeweiligen Dezernenten und Fachbereichsleiter.

Alle ggf. personellen und finanziellen Auswirkungen sind zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis im HA: Dafür: 10 Stimmen (BM, SPD, FDP, B'90/Grüne, LINKE)
 Dagegen: 6 Stimmen (CDU)

Privatisierung einzelner Organisationsbereiche / Schaffung von Anstalten des öffentlichen Rechts: Seite 115

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Wolf beantragt, den Beschlussvorschlag der Verwaltung wie folgt zu kürzen: Streichung => "... und bestätigt die Sichtweise der Verwaltung."

Für die LINKEN unterstützt RM Prußeit den Beschlussvorschlag der Verwaltung. Sodann lässt BM Gatzweiler hierüber abstimmen:

Beschluss:

Der Rat nimmt den vorstehenden Sachverhalt zur Kenntnis und bestätigt die Sichtweise der Verwaltung.

Abstimmungsergebnis im HA: Dafür: 1 Stimmen (LINKE)
 Dagegen: 15 Stimmen (BM, SPD, CDU, FDP,

Damit ist der Beschlussvorschlag der Fraktion Die LINKEN abgelehnt.

- - - - -

Im Anschluss an die Beschlussfassung lässt BM Gatzweiler über den Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion abstimmen:

Beschluss:

Der Rat nimmt den vorstehenden Sachverhalt zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis im HA: Dafür: 10 Stimmen (BM, SPD, FDP, B'90/Grüne, LINKE)
 Dagegen: 6 Stimmen (CDU)

Freiwillige Ausgaben: Seite 116

Hierzu gibt der SPD-Fraktionsvorsitzende Wolf folgenden Statement zu Protokoll:

“Zur Auflistung der Liste der sog. Freiwilligen Leistungen vom 04.05.2010 treffen Hauptausschuss und Rat folgende Feststellungen:

- 1) Die überarbeitete Auflistung der Freiwilligen Leistungen vom 04.05.2010 ist für Zwecke der Haushaltskonsolidierung nur eingeschränkt brauchbar.
- 2) Durch die Einbeziehung von kalkulatorischen Kosten, internen Verrechnungen und Leistungsbeziehungen, Personalkosten u.a. ist nicht ersichtlich, inwieweit Einsparungen kassenwirksam realisierbar wären bei theoretischer Streichung oder Kürzung dieser Leistungen.
- 3) Es findet teilweise eine Vermischung von pflichtigen und freiwilligen Leistungen statt, die für HA / Rat nicht nachvollzogen werden können. Eine Verbindung zum Haushaltsentwurf ist ebenfalls nur eingeschränkt möglich.
- 4) Bei Nothaushaltskommunen in der StädteRegion gibt es für die genannten Zwecke offensichtlich unterschiedliche Interpretation von “Freiwilligen Leistungen.” Dies führt zu unterschiedlichen Angaben über die Höhe dieser Leistungen. Für die Kommunalaufsicht kann die Auflistungen der hiesigen Kämmerei zu der völlig falschen Schlussfolgerung führen, dass unsere Stadt sich in der Region noch überdurchschnittlich hohe freiwillige Ausgaben leiste. Da dies nicht zutrifft, bedarf es ergänzender Klarstellungen.
- 5) HA / Rat ersuchen die Verwaltung nachdrücklich vor Weitergabe der Liste an die Aufsichtsbehörden:
 - Eine Harmonisierung der Auflistungen der freiwilligen Leistungen in der StädteRegion zu erwirken, um ein Zerrbild bei den Aufsichtbehörden zu vermeiden.
 - Eine Liste von Einzelpositionen über die Summe der disponiblen Freiwilligen Leistungen zu erstellen, die den Umfang der realen Einsparung bzw. Kostenreduzierung ausweist.
 - Letztere Liste ist mit entsprechenden Erläuterungen ebenfalls zeitgleich den Aufsichtsbehörden zuzuleiten.”

I. Beig. Dr. Zimdars erläutert, dass eine Harmonisierung auf StädteRegionesebene sicherlich wünschenswert sei. In diesem Zusammenhang könne er das Unverständnis

der Politik beim Betrachten der Zahlen der Freiwilligen Leistungen der Nachbarkommunen Eschweiler und Alsdorf mit 2,2 bzw. 4 Mio. € im Gegensatz zu Stolberg mit 7 Mio. € sicherlich nachvollziehen. Er verdeutlicht allerdings, dass sich die Stadt Stolberg bei der Ermittlung der Freiwilligen Leistungen exakt an die gesetzlichen Vorgaben gehalten habe.

Im Anschluss an die Ausführungen des Kämmerers lässt BM Gatzweiler über den oben aufgeführten Antrag der SPD-Fraktion abstimmen:

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat einstimmig, den o.a. Ausführungen und der darin vorgeschlagenen Vorgehensweise zuzustimmen.

Zu 23 b) Haushaltssatzung 2010/2011 unter Berücksichtigung der Beschlussfassungen zum Haushaltssicherungskonzept 2010-2014

Nach der Einzelabstimmung zum Haushaltssicherungskonzept 2010 bis 2014 verliert Bürgermeister Gatzweiler den nachfolgenden Beschlussvorschlag zu Buchstabe b) "Haushaltssatzung 2010/2011 unter Berücksichtigung der Beschlussfassungen zum Haushaltssicherungskonzept 2010-2014":

Der Hauptausschuss empfiehlt / der Rat beschließt, der Haushaltssatzung 2010 / 2011, wie von der Verwaltung aufgestellt, unter Berücksichtigung der Beschlussfassungen des Rates zum Haushalt 2010 / 2011 und zum Haushaltssicherungskonzept 2010 - 2014 sowie der Beschlussfassungen zu nachstehenden Tagesordnungspunkten (Sitzungen des Hauptausschusses und Rates vom 17. / 18.05.2010):

- a) Friedhofsgebühren 2010

Für die FDP-Fraktion beantragt deren Vorsitzender Engelhardt, den Beschlussvorschlag der Verwaltung wie folgt zu erweitern:

- b) Reduzierung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen für die Jahre 2010 und 2011 jeweils um weitere 1,1 Mio.€
c) Reduzierung der Transferaufwendungen für die Jahre 2013 auf 50,2 Mio. € und 2014 auf 50,5 Mio.€

Er begründet seine Forderungen mit dem Hinweis auf das innovative Handeln der Verwaltung beim "Freischaufeln" von 2 Mio. € zur Finanzierung der Mensa Goethe-Gymnasium. Dieses Verwaltungshandeln fordert er grundsätzlich ein.

Für die CDU-Fraktion weist RM Grüttemeier auf die eingeforderten Festschreibungen zu Position 10 - 13 des eigenen Konzeptes hin.

Sodann lässt BM Gatzweiler über den Antrag der FDP-Fraktion abstimmen:

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt / der Rat beschließt, der Haushaltssatzung 2010 /

2011, wie von der Verwaltung aufgestellt, unter Berücksichtigung der Beschlussfassungen des Rates zum Haushalt 2010 / 2011 und zum Haushaltssicherungskonzept 2010 - 2014 sowie der Beschlussfassungen zu nachstehenden Tagesordnungspunkten (Sitzungen des Hauptausschusses und Rates vom 17. / 18.05.2010):

- a) Friedhofsgebühren 2010
- b) Reduzierung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen für die Jahre 2010 und 2011 jeweils um weitere 1,1 Mio.€
- c) Reduzierung der Transferaufwendungen für die Jahre 2013 auf 50,2 Mio. € und 2014 auf 50,5 Mio.€

Abstimmungsergebnis: Dafür: 8 Stimmen (SPD, FDP, B'90/Grüne)
 Dagegen: 8 Stimmen (BM, CDU, LINKE)

Damit ist der Antrag der FDP-Fraktion abgelehnt.

Anschließend lässt BM Gatzweiler über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen:

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt / der Rat beschließt, der Haushaltssatzung 2010 / 2011, wie von der Verwaltung aufgestellt, unter Berücksichtigung der Beschlussfassungen des Rates zum Haushalt 2010 / 2011 und zum Haushaltssicherungskonzept 2010 - 2014 sowie der Beschlussfassungen zu nachstehenden Tagesordnungspunkten (Sitzungen des Hauptausschusses und Rates vom 17. / 18.05.2010):

- a) Friedhofsgebühren 2010

Abstimmungsergebnis HA: Dafür: 9 Stimmen (BM, SPD, FDP, B'90/Grüne)
 Dagegen: 7 Stimmen (CDU, LINKE)

21. Stellenplan 2010 / 2011

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat, die Stellenpläne für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 gemäß den Stellenübersichten, wie im Entwurf der HH-Satzung beigefügt, zu beschließen.

Abstimmungsergebnis HA: Dafür: 10 Stimmen (BM, SPD, FDP, B'90/Grüne, LINKE)
 Dagegen: 6 Stimmen (CDU)

24. Drohende Überschuldung:

hier: Anwendung des § 82 GO NRW im Rahmen der laufenden

Geschäftsprozesse der Verwaltung

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat einstimmig, die Zusammenstellung der zugestimmten / abgelehnten / zunächst abgelehnten Anträge aufgrund der Vorschriften des § 82 GO NRW zur Kenntnis zu nehmen.

25. Bereitstellung zusätzlicher Haushaltsmittel:
hier: Bestandserhaltung Gehwege und Straßen

Auf Nachfrage von RM Grüttemeier, CDU, erläutert Herr Esser, II/20/21, dass die Mittel im Haushalt 2010 / 2011 berücksichtigt seien.

Beschluss:

Der Hauptausschuss beschließt die Bereitstellung von zusätzlichen Haushaltsmitteln in Höhe von 80.000,00 € für die Kostenstelle 1.54.01.01 "Unterhaltung Infrastrukturvermögen (UI)".

26. Mittelfreigabe für das Technische Betriebsamt

Auf Nachfrage von RM Grüttemeier, CDU, erläutert Herr Esser, II/20/21, dass die Mittel im Haushalt 2010 / 2011 berücksichtigt seien.

Beschluss:

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig die Bereitstellung von Haushaltsmitteln in Höhe von 99.000,- € bei Produkt Techn. Betriebsamt 1.11.08.01 Aufwandskonto / Auszahlungskonto 5221000/7221000.

27. Ausschuss für anzeigepflichtige Entlassungen nach § 20 des Kündigungsschutzgesetzes (KSchG):
hier: Nachbenennung der Mitglieder des Ausschusses

Der TOP wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

28. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates:
Mitteilungen

- 28.1 Der CDU-Fraktionsvorsitzende Grüttemeier zitiert den Beschluss des Rates vom 23.02.2010 zu TOP A) 6. *Einführung eines Bauinvestitionscontrollings (BIC)*
"Der Rat beschließt einstimmig die Einführung des Bauinvestitionscontrollings (BIC) und eine Mitarbeiterin mit dieser Aufgabe zu betrauen. ..."
Er erkundigt sich, wieso die Stelle durch die Stadt Stolberg öffentlich ausgeschrieben wurde.

Bürgermeister Gatzweiler sichert die Beantwortung zur Niederschrift zu.

Beantwortung durch den Leiter Fachbereich 2:

“Der Ratsbeschluss vom 23.02.2010 wurde mit Verfügung vom 05.03.2010 umgesetzt. Hiernach wurde eine Mitarbeiterin des Tiefbauamtes ab 05.03. mit den Aufgaben des Bauinvestitionscontrollings betraut.

Diese beamtete Mitarbeiterin wohnt in Geilenkirchen und hat zwischenzeitlich ihre Versetzung zu ihrer Heimatstadt zum 01.07.2010 beantragt. Dem Versetzungsgesuch wird stattgegeben.

Entsprechend dem „Leitfaden des Landesinnenministeriums zur Aufstellung von HSK“ gelten Ausnahmen von der Wiederbesetzungssperre für pflichtige Aufgaben, die durch die Einhaltung einer Wiederbesetzungssperre in ihrem Kernbestand gefährdet sind.

Das Bauinvestitionscontrolling zählt zu diesen Aufgaben, daher muss die Stelle neu besetzt werden und wurde aufgrund fehlender interner Besetzungsmöglichkeit entsprechend ausgeschrieben.”

B) Nichtöffentliche Sitzung:

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Herr Bürgermeister Gatzweiler die Sitzung um 18.45 Uhr.

Ferdi Gatzweiler
Bürgermeister

Karina Wahlen
2. stv. Bürgermeisterin zu TOP A) 14. und 16.

Edith Janus-Braun
Schriftführerin

Die Niederschrift sind folgende Anlagen beigefügt:

- Anlage 1) Anwesenheitsliste
- Anlage 2) Antrag der CDU-Fraktion vom 14.05.2010 zu TOP A) 2c)
- Anlage 3) Auszug JHA vom 06.05.2010 zu TOP A) 23
- Anlage 4) Auszug AsAKS vom 11.05.2010 zu TOP A) 23.
- Anlage 5) Antrag der CDU-Fraktion zum HSK zu TOP A) 23.
- Anlage 6) Pachtvertrag zu TOP B) 1.
- Anlage 7) Gestattungsvertrag zu TOP B) 4.

Anlage 1zur Niederschrift über die Sitzung des **Hauptausschusses** der Stadt Stolberg (Rhld.)

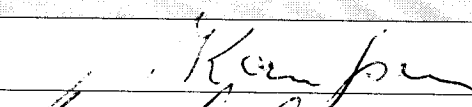
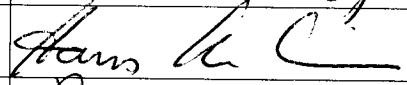
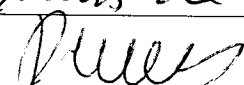
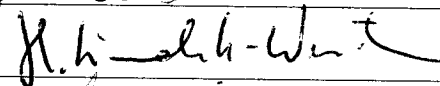
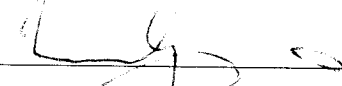
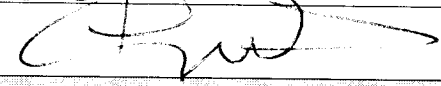
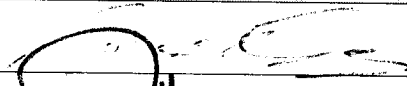
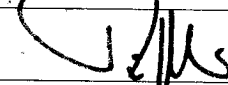
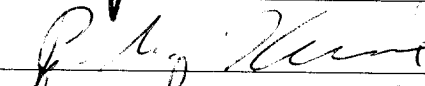
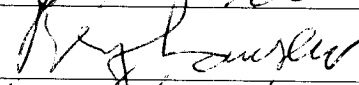
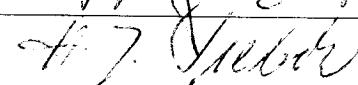
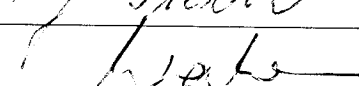

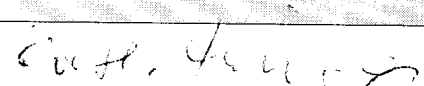
Sitzungskennziffer XVI / 10

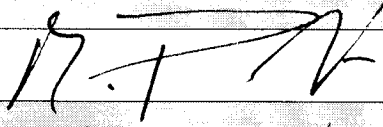
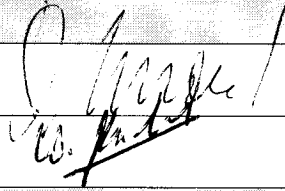
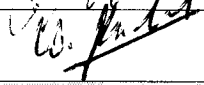

Tag der Sitzung: **Montag, 17.05.2010**

Ort der Sitzung: Rathaus, Ratssaal

Dauer der Sitzung von 16:00 Uhr bis 18.43h

Unterbrechung der Sitzung von — bis —

Lfd. Nr.	Name	Unterschrift
SPD		
	Kaußen, Paul-Heinz	
	Kleinlein, Hans	
1. stv. Vorsitzende	Nießen, Hildegard Haus, Patrick	
	Simmelink-Weinstein, Hartmut	
	Wolf, Dieter	
	Zakowski, Hanne Fappas, Rolf	
CDU		
	Emonds, Jochen	
	Grüttemeier, Tim	
	Kirch, Paul Matthias	
	Pietz, Siegfried Berghausen, Klaus	
	Siebertz, Hans-Josef	
2. stv. Vorsitzende	Wahlen, Karina	
FDP		
	Conrads, Axel Kappelaedt, Bertold	
B'90/Grüne		
	Krings, Katharina	

Die LINKE		
	Prußeit, Mathias	
	Nur beratend!	
	Emonds, Hans	
	Kunkel, Willibert	
Bürgermeister		
	Gatzweiler, Ferdi	

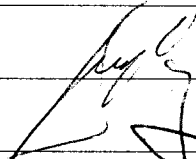
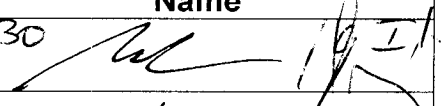
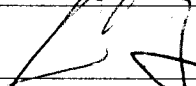
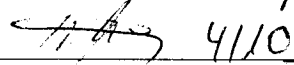
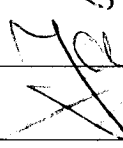
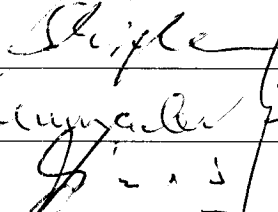
Es fehlen entschuldigt oder unentschuldigt:

Lfd. Nr.	Name	Lfd. Nr.	Name
1		4	
2		5	
3		6	

Sonstige Teilnehmer:

Lfd. Nr.	Name	Lfd. Nr.	Name
1		3	
2		4	

Teilnehmer der Verwaltung:

Lfd. Nr.	Name	Lfd. Nr.	Name
1	 FB3	7	1130  I/14
2	 FB2	8	4110 
3	Mourel I.1	9	Stipke
4	 II	10	Stumpfen II/20/21
5	II/20/21	11	
6	A. Tullbach FB1	12	II/23

78-76 4/10

Stadt Stolberg (Rhd.)

17. Mai 2010

Der Bürgermeister

PEU
HA 17.05.10 A) 2c)
Anlage 2)



CDU

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Stolberg

Herrn
Bürgermeister
Ferdinand Gatzweiler
o.V.i.A
Rathaus

52220 Stolberg

Postanschrift:
Rathaus
D-52220 Stolberg

Tel. +49 2402 13 215

Fax +49 2402 13 480

E-Mail fraktion@cdu-stolberg.de

www.cdu-stolberg.de/fraktion

Konto 6811111
Sparkasse Aachen B.I.Z. 390 500 00

Stolberg, 14.05.2010

Antrag

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Gatzweiler,

die CDU-Fraktion beantragt, Hauptausschuss und Rat mögen beschließen:

1. **Dominik B. Bayer, Igelweg 30, 52222 Stolberg ersetzt Rosemarie Call als stellvertretenden sachkundigen Bürger im Schulausschuss.**
2. **Carlheinz Nadenau, Heinrichstr. 4, 52224 Stolberg ersetzt Heinz Münch als stellvertretenden sachkundigen Bürger im Bau- und Vergabeausschuss.**
3. **Volker Kolauch, Memelstr. 12, 52222 Stolberg ersetzt Carlheinz Nadenau als stellvertretenden sachkundigen Bürger im Beschwerdeausschuss.**
4. **Winfried Bartges, Obere Donnerbergstr. 50, 52222 Stolberg ersetzt Sibille Rinner als stellvertretenden sachkundigen Bürger im Beschwerdeausschuss.**
5. **Rosemarie Call, Obersteinstr. 61, 52223 Stolberg ersetzt Hans Klubertz als stellvertretenden sachkundigen Bürger im Beschwerdeausschuss.**

Wahlprüfungs-

Mit freundlichen Grüßen


Tim Grüttemeier

Fraktionsvorsitzender

Stadt Stolberg (Rhld.)

Der Bürgermeister

Tischvorlage
zu TOP 23 des
Hauptausschusses

Auszug

aus der Niederschrift über die Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 06.05.2010

A) Öffentliche Sitzung:

**TOP 1: Auswirkungen des festgestellten Haushaltsplanentwurfes für die Jahre 2010 und 2011 und des vorliegenden Haushaltssicherungskonzeptes auf die Jugendhilfeträger und deren Arbeit in Stolberg
Hier: Antrag der CDU-Fraktion**

Herr Grendel, CDU-Fraktion führt aus, dass diese Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses notwendig ist, um ein offizielles Statement abzugeben, dass im Bereich der Jugendhilfe die im Haushaltssicherungskonzept vorgeschlagenen Kürzungen nicht durchgeführt werden dürfen, um so die Planungssicherheit für die freien Träger und die Weiterführung der Jugendarbeit zu gewährleisten.

Er beantragt folgenden Beschlussvorschlag, um so gegenüber Hauptausschuss und Rat zu erklären:

„Vor dem Hintergrund einer Aufrechterhaltung der Angebote der Träger der Jugendarbeit in Stolberg und der ansonsten drohenden noch höheren Belastungen für den städtischen Haushalt werden alle im Haushaltssicherungskonzept für die Jahre 2010 bis 2014 diesen Bereich betreffenden Kürzungsvorschläge abgelehnt. Die Zuschüsse sind weiterhin in unveränderter Höhe zu gewähren.“

Frau Zakowski, SPD-Fraktion äußert ihr Befremden darüber, dass diese Sondersitzung überhaupt erforderlich sei, da bereits im Dezember 2009 über den Haushaltsentwurf durch den Jugendhilfeausschuss beschlossen wurde und Kürzungen im Jugendhilfebereich seitens der SPD-Fraktion, der FDP-Fraktion und dem Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt werden.

Nach ausführlicher Diskussion fasst der Jugendhilfeausschuss **bei einer Enthaltung folgenden einstimmigen Beschluss:**

Vor dem Hintergrund einer Aufrechterhaltung der Angebote der Träger der Jugendarbeit in Stolberg und der ansonsten drohenden noch höheren Belastungen für den städtischen Haushalt werden alle im Haushaltssicherungskonzept für die Jahre 2010 bis 2014 diesen Bereich betreffenden Kürzungsvorschläge abgelehnt. Die Zuschüsse sind weiterhin in unveränderter Höhe zu gewähren.

für die Richtigkeit des Auszuges:

Stolberg, den 17.5.2010

Im Auftrage:

Tischvorlage
für die Sitzung des Hauptausschusses am 17.05.2010 zu TOP 23
und die Sitzung des Rates am 18.05.2010 zu TOP 31

Vorab-Auszug
aus der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für
soziale Angelegenheiten, Kultur und Sport am 11.05.2010

TOP 2. Mittelanmeldungen des Bereiches Soziales und Wohnen für den Haushalt 2010/2011

Das Ausschussmitglied, Herr Ludwig Hahn, bittet um Erläuterung und Erklärung, warum die Haushaltsmittel bei der Ausgabe-Position 1.71.01.01 „Hubertine-Heine-Stiftung“ in Höhe von 3.700,00 Euro im Jahr 2009 nicht verbraucht worden seien.

Der zuständige Fachbereichsleiter, Herr Seyffarth, erklärt hierzu, dass durch das Fachamt und den Behindertenbeirat in Betracht gezogen worden sei, in Kooperation einen Spielplatz für behinderte und nicht behinderte Kinder zu planen. Im Jahr 2009 habe dieser Spielplatz jedoch, bedingt durch die Baumaßnahme „Kindertagesstätte Franziskusstraße“ und die Verlegung des öffentlichen Kinderspielplatzes, nicht mehr realisiert werden können, so dass bisher dem Behindertenbeirat und dem Sozialausschuss ein abschließendes Konzept nicht habe unterbreitet werden können. Mittel für den Ausbau des öffentlichen Spielplatzes seien durch das Jugendamt für den Haushalt 2010 beantragt worden. Da es sich bei den o. g. Haushaltsmitteln um Stiftungsmittel handelt, stehe der nicht verausgabte Haushaltsansatz in diesem Jahr zusätzlich zur Verfügung.

Aufgrund der Anfrage des Ausschussmitgliedes, Herrn Schwartz, erläutern Herr Seyffarth und Frau Oebel, dass die Mittel für die Pos. 542900 „Seniorenhilfeplanung“ in Höhe von 98.175,00 Euro durch das Fachamt zwar zum Haushalt angemeldet, jedoch durch den Kämmerer nicht in den Haushaltsplan 2010/2011 eingestellt worden seien.

Dem Wunsch der Ausschussmitglieder entsprechend wird in dieser Niederschrift die Zusammensetzung der veranschlagten Haushaltsmittel in Höhe von 55.000,00 Euro bei der Pos. 1.31.07.01 „Förderung von anderen Trägern der Wohlfahrtspflege“ mitgeteilt:

SKF: 28.121,05 Euro	Personalkostenzuschuss für das Aufgabengebiet „Allgemeine soziale Beratung“
SKM: 17.895,22 Euro	Personalkostenzuschuss für das Aufgabengebiet „Allgemeine soziale Beratung“
AWO: 8.947,61 Euro	Personalkostenzuschuss für das Aufgabengebiet „Hilfe zur Weiterführung des Haushalts“

Es wird daraufhin bei 14 Ja-Stimmen und einer Gegenstimme (FDP) folgender **Beschluss** gefasst: **Der Ausschuss für soziale Angelegenheiten, Kultur und Sport empfiehlt Hauptausschuss und Rat, die freiwilligen Leistungen im sozialen und Sport-Bereich auf der Basis der Haushaltsansätze des Jahres 2009 für die Jahre 2010 bis 2014 festzuschreiben, um den Partnern Planungssicherheit zu geben.**

Das Ausschussmitglied, Herr Hahn, ergänzt diesen Beschluss mit der Aussage, dass man dies den sozialen Trägern und den vielen Ehrenamtlern, die sich für unsere Jugend und Senioren engagieren, schuldig sei und damit ein klares Signal an diese Partner senden möchte.

Für die Richtigkeit:



Beschlussvorschlag

Hauptausschuss und Rat beschließen den von der Verwaltung vorgelegten Stellenplan 2010/2011 und die Haushaltssatzung 2010/2011 unter Berücksichtigung des folgenden Haushaltssicherungskonzeptes:

1. Die im Rahmen von freiwilligen Leistungen der Stadt Stolberg gewährten Zuschüsse bleiben, mit Ausnahme der nachfolgenden Punkte soweit sie diesen Bereich betreffen, bis zum 31.12.2014 unverändert.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, Hauptausschuss und Rat bis zum 30.09.2010 ein Personalkonzept vorzulegen, durch das die Personalkosten (Stand: 31.12.2009) bis zum 31.12.2014 um insgesamt 15% sinken. Das Konzept hat alle Beschäftigungsverhältnisse der Stadt Stolberg zu beinhalten. Bei den Einsparungen sind mögliche Tarifierhöhungen in Form von angemessenen Kostenprognosen zu berücksichtigen. Das zu erstellende Personalkonzept ist jährlich fortzuschreiben und Hauptausschuss und Rat jeweils zum 31.03. und 30.09. eines Jahres zur Kontrolle unter Darstellung des Soll-/Ist-Zustandes vorzulegen.
3. Zur Vermeidung steigender Personalkosten wird die Stelle des „Fachbereichsleiter 4“ kostenneutral intern besetzt.
4. Zur Vermeidung steigender Personalkosten wird die Stelle des „Fachbereichsleiter 2“ nach dessen Ausscheiden nicht neu besetzt. Die Aufgaben werden auf die anderen Fachbereichsleiter aufgeteilt.
5. Das Amt des/der 3.stellvertretenden Bürgermeister(s/in) wird aus Kostengründen ersatzlos gestrichen.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, den zuständigen Gremien bis zum 30.09.2010 ein Konzept vorzulegen, mit dem die städtischen Ausgaben für kulturelle Veranstaltungen, Stadtkirmes, städtische Veranstaltungen, Internationalem Kupfermeistertreffen, Stadtfest und Weihnachtsmarkt, ab dem Jahr 2011 im Vergleich zum 31.12.2009 um 125.000 Euro jährlich reduziert werden können.
7. Die Verwaltung wird beauftragt, den zuständigen Gremien bis zum 30.09.2010 ein Konzept vorzulegen, mit dem das jährliche Defizit der Volkshochschule ab 2011 um 125.000 Euro zum Vergleichszeitpunkt 31.12.2009 verringert werden kann.
8. Die Verwaltung wird beauftragt, den zuständigen Gremien bis zum 30.09.2010 ein Konzept vorzulegen, mit dem das Defizit der Stadtbücherei ab dem Jahr 2011 im Vergleich zum 31.12.2009 um 125.000 Euro jährlich reduziert werden kann.
9. Der Rat beauftragt die Verwaltung, den zuständigen Gremien bis zum 30.09.2010 eine Auflistung laufend bezogener Printerzeugnisse und der damit verbundenen Kosten, sowie Einsparmöglichkeiten aufzuzeigen.
10. Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen IT Management (1110/S.265 Haushaltsentwurf) werden auf 75.000 Euro pro Jahr begrenzt.
11. Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen des Technischen Betriebsamtes (1108/S.253 Haushaltsentwurf) werden auf einen Betrag von 1.500.000 Euro pro Jahr begrenzt.
12. Die Ausgaben für Stadtentwässerung (5308/S.667 Haushaltsentwurf) werden auf 3.000.000 Euro pro Jahr begrenzt.
13. Die Ausgaben für Personalcomputer (1110, S. 267 Haushaltsentwurf) werden auf 150.000 Euro pro Jahr begrenzt.

92,77

14. Öffentliche Gebühren und Beiträge sind grundsätzlich kostendeckend zu erheben. Hiervon abweichend beschließt der Rat, die Benutzungsgebühren für städtische Friedhöfe ab dem 01.01.2011 unter Beibehaltung der Grünflächenanteile von 24% entsprechend einem Kostendeckungsgrad von ~~94,2%~~ anzuheben. Dies beinhaltet eine reduzierte Nutzungsgebühr für die Trauerhallen und eine Subvention für Kinderbestattungen.
15. Der Rat beschließt, die Tarife für das Hallenbad ab dem 01.01.2011 wie auf S. 97 des Haushaltssicherungskonzeptes vorgesehen anzuheben.
16. Der Hebesatz der Grundsteuer B wird zum 01.01.2011 von 391 Punkten um 54 Punkte auf den durchschnittlichen Hebesatz im Regierungsbezirk Köln, somit auf 445 Punkte, angehoben.
17. Der Hebesatz der Gewerbesteuer wird zum 01.01.2011 von 420 Punkten um 20 Punkte auf den durchschnittlichen Hebesatz im Regierungsbezirk Köln, somit auf 440 Punkte, angehoben.
18. Der Rat beschließt eine Erhöhung der Hundesteuer zum 01.01.2011 auf die folgenden durchschnittlichen Werte der Städteregion Aachen: für einen Hund 77,95 Euro pro Jahr, für zwei Hunde 92,92 Euro pro Jahr, für drei und mehr Hunde von 106,18 Euro, für gefährliche Hunde von 660,00 Euro pro Hund und Jahr.
19. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum 31.12.2010 einen Sportstättenbedarfsplan zu erstellen, der insbesondere detailliert die Einnahmen- und Ausgabesituation darstellt und als Basis für weitere Überlegungen dienen soll.
20. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum 30.09.2010 ein Konzept vorzulegen, das Vor- und Nachteile eines Verkaufs des städtischen Kanalnetzes darstellt. Hierzu ist eine Stellungnahme des Wasserverbandes Eifel-Rur einzuholen. Die kurz- und langfristigen wirtschaftlichen Konsequenzen eines solchen Verkaufs sind detailliert aufzuzeigen.
21. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum 31.12.2010 den zuständigen Gremien ein Konzept zur Vermarktung aller Grundstücke im Eigentum der Stadt Stolberg vorzulegen, die nicht aus zwingenden Gründen im Eigentum der Stadt Stolberg verbleiben müssen. In diesem Konzept sind die Möglichkeiten einer gemeinsamen Grundstücksverwertungsgesellschaft mit einem externen Partner darzustellen.
22. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum 31.12.2010 den zuständigen Gremien ein Konzept zur Errichtung, Nutzung und Vermarktung von regenerativen Energien auf städtischem Grundbesitz vorzulegen.
23. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum 30.09.2010 den zuständigen Gremien die Kosten für die Nutzung der Kulturzentren Frankentalstraße, Josefshaus und der Nebengebäude vorzulegen und einen Vorschlag für eine Kostenumlage zu unterbreiten.
24. Der Rat beschließt den Austritt aus dem ZAR e.V. zum 31.12.2010. Die Verwaltung wird beauftragt, den zuständigen Gremien bis zum 30.09.2010 bestehende Vereinsmitgliedschaften der Stadt Stolberg darzustellen und die Vor- und Nachteile einer Mitgliedschaft aufzuzeigen.
25. Der Rat beauftragt die Verwaltung, den zuständigen Gremien bis zum 30.09.2010 auch Möglichkeiten der alternativen Bestattung und der Privatisierung von Friedhöfen vorzulegen, wobei die bestehenden Überlegungen der Kirchengemeinden zur Übernahme von städtischen Friedhöfen zu berücksichtigen sind.
26. Der Rat beauftragt die Verwaltung den zuständigen Gremien bis zum 30.09.2010 ein Konzept zur Breitbandverkabelung vorzulegen.

27. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum 31.12.2010 den zuständigen Gremien ein Konzept vorzulegen, um die Möglichkeit der Privatisierung einzelner Organisationsbereiche darzulegen und die damit verbundenen Vor- und Nachteile aufzuzeigen.
28. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum 30.09.2010 den zuständigen Gremien ein Konzept zum „Contracting“ unter Berücksichtigung aller Vor- und Nachteile darzulegen.
29. Die Verwaltung wird beauftragt, den zuständigen Gremien bis zum 31.12.2010 ein Konzept vorzulegen, aus dem sich die Vor- und Nachteile einer Kooperation des Technischen Betriebsamtes mit der Stadt Eschweiler ergeben. Hierbei ist auch die Schaffung eines gemeinsamen Amtes oder die Privatisierung dieses Bereiches darzustellen.
30. Der Rat beauftragt die Verwaltung, laufend über die Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes zu berichten. Die Informationspflichten gegenüber dem Rechnungsprüfungsausschuss aufgrund der gefassten Beschlüsse zur Vorlage betriebswirtschaftlicher Auswertungen werden hierdurch nicht berührt.
31. Die Verwaltung wird beauftragt, in den kommenden Jahren jeweils bis zum 15.11. eines Jahres den Haushalt für das folgende Haushaltsjahr vorzulegen. Die Beschlussfassung über den Haushalt hat im Dezember des jeweiligen Jahres zu erfolgen. Entsprechendes gilt für den Fall der Beschlussfassung über Doppelhaushalte.
32. Die Verwaltung wird beauftragt, Alternativen im Bereich der öffentlichen Bekanntmachungen zu untersuchen und diese Hauptausschuss und Rat bis zum 30.09.2010 zur Beschlussfassung vorzulegen.
33. Verstorbenen Rats- und Ausschussmitgliedern wird ab dem Jahr 2010 in einem jährlichen gemeinsamen Sammelnachruf mit den verstorbenen Bediensteten der Verwaltung gedacht.